

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

D 21395 E

6

Frankfurt, Juni 1971

Einzelpreis 1,- DM

XI. Jahrgang

Die Gewinne haben sich am Schopf ihrer eigenen Preissteigerungen hochgezogen." Diese Münchhauseniade, die Rudolf Henschel in der „Welt der Arbeit“ darstellt, trifft genau ins Schwarze. Das ist die Praxis der Monopole: Die gewollten höheren Gewinne treiben die Preise in die Höhe und die höheren Preise realisieren die Gewinne. Auf dem Hintergrund dieser richtigen grundsätzlichen Betrachtung stellt Henschel fest: 1970 und im bis jetzt abgelaufenen Jahr 1971 sind die Gewinne der Unternehmer schneller gestiegen als die Löhne der Arbeiter und Angestellten. In dieser Lage sind es ausgerechnet die sozialdemokratischen Minister Schiller und Leber, die eine erhebliche Drosselung aller öffentlichen Bauvorhaben angeordnet haben. Die Länderregierungen und Stadtverwaltungen stoppen ebenfalls rigoros vorgesehene Bauten. Ist das wirklich der Weisheit letzter Schluß gegen die Preissteigerungen, weniger Krankenhäuser, Schulen, Universitäten, weniger Wohnungen, Kindergärten und Sportanlagen zu bauen? Und das, obwohl das Geld dazu da ist?

Das ganze System ist krank

Die Regierung verspricht, daß durch befristeten oder auch langfristigen Baustopp die Preise allgemein stabilisiert würden. Das aber ist nicht wahr. Die Einschränkung von Arbeitsmöglichkeiten auf dem Bausektor hat nur den Effekt drohender Arbeitslosigkeit und stärkeren Drucks auf die Lohnforderungen der Arbeiter. In einem anderen Bereich, dem BASF-Werk Phrix und bei der HOAG-Oberhausen, kommt es schon zu Entlassungen. Wechselkursfreigabe und Drosselung der öffentlichen Bauvorhaben zielen an der Preisstabilisierung vorbei und ru-

fen eine direkte Bedrohung der Arbeitsplätze hervor. Diese falsche Politik sozialdemokratischer Minister resultiert daraus, daß Schiller und Leber dem kapitalistischen Gewinn-Profitdenken verhaftet sind. Die kapitalistischen Marktgesetze und die Willkür der Monopole dürfen aber für die Arbeiter und ihre Gewerkschaften nicht tabu sein.

Noch etwas muß beachtet werden: Obgleich hohe Milliardenbeträge an Steuergeldern in den öffentlichen Kassen eingefloren werden, kündigt Superminister Schiller (Wirtschaft-Finanz) für 1972 neue Steuern, besonders für Arbeiter, an. Die Arbeiter und Gewerkschaften sind stark genug, gegenüber der Profitpolitik der Monopole und ihrer Regierung eine eigene Politik durchzusetzen.

Preisstabilität kann erreicht werden durch Loslösung der DM vom kriegskranken Dollar und sofortigen staatlich verordneten Preisstopp mit strenger öffentlicher Preiskontrolle. Wachstum der Wirtschaft und Sicherung der Arbeitsplätze können über höhere Löhne und die Ausweitung des Arbeitsmarktes durch den Einsatz der Milliarden jetzt festgehaltener Gelder in den Staatskassen herbeigeführt werden. Das aber ist in keiner „konzertierten Aktion“ zu erreichen, sondern nur im entschlossenen Kampf aller abhängig Beschäftigten. Auch Gespräche zwischen Vetter und Friedrich helfen da keinen Schritt weiter. Heute tut Klarheit über die Fronten not. Die Arbeiterklasse muß sich im Kampf gegen die Großkapitalisten behaupten und ihre Interessen durchsetzen. - jol -

Aus dem Inhalt:

Gerade jetzt aktive Lohnpolitik Einheitsfront von Regierung und Unternehmern sprengen!	2
Warnstreiks bei Chemie	3
Textil: Streiks halben nach	4
HBV steckte weit zurück	4
Weiter aktive Tarifpolitik Forderungen zum Gewerk- schaftstag der IG Metall	5
Bergarbeiter enttäuscht Unzureichende Lohnerhöhung durch Geheimverhandlungen	6
Dollar und DM in der Krise	7
DGB-Satzung mit Widersprüchen Bericht vom außerordent- lichen DGB-Kongreß	8
Weitere Berichte vom DGB-Kongreß: Vetter: „Das System ändern!“ Weigel: „Rechtsstaat erst noch schaffen!“	11/12
GEW für demokratische Schule Lehrergewerkschaft versteht sich als Kampforganisation	13
Jugendkonferenz der DKP	14
Post-Jugend will Aktionen	14
Arbeiterjugend kontra Monopole	15
Marsch auf Bonn gegen BetrVG Gewerkschaften fordern aktiven Kampf gegen Betriebsverfassungsgesetz- Entwurf	17
Bei Conti riß der Geduldsfaden NACHRICHTEN-Reportage über Konflikt bei Conti/Hann.	18
Rentenanpassungsbericht 1971	19
Volksaussprache in der DDR Allgemeine öffentliche Debatte vor dem SED-Parteitag	20
Arbeiterkonferenz in Rostock	21
Wandel in der Struktur der Arbeiterklasse	22
Ost-West-Handel ausbauen!	24

Gerade jetzt aktive Lohnpolitik

15 Prozent sind notwendig, berechtigt und erfüllbar Einheitsfront von Regierung und Unternehmern sprengen

Wir wiesen in den NACHRICHTEN des öfteren darauf hin, daß die Unternehmerverbände in trauter Gemeinsamkeit mit der Bundesregierung alles nur mögliche unternehmen werden, um die Lohnbewegungen der Arbeiter und Angestellten sowie ihrer Gewerkschaften in den Griff zu bekommen. Schwerpunkte der Unternehmerangriffe sind gegenwärtig die IG Chemie-Papier-Keramik, die sich noch in der Lohnbewegung befindet, und die IG Metall, bei der im Herbst die Tarife für annähernd 5 Millionen Arbeiter und Angestellte auslaufen.

Unternehmerverbände und Regierung hatten gehofft, daß die Krisenzeichen, die sich schon im Vorjahr ankündigten, ihnen besser helfen würden, die Gewerkschaften an die Kandarre zu bekommen. Nachdem sich die krisenhafte Entwicklung verzögerte und damit auch die ökonomischen Druckmittel nicht die von den Unternehmern gewünschte Wirksamkeit erreichten, haben Unternehmer und Bundesregierung, um dennoch zum Ziel zu kommen, ein ideologisches Trommelfeuer bisher nicht gekannten Ausmaßes eröffnet. Die sozialdemokratischen Minister nützen ihre engen Verbindungen zu den Gewerkschaftsspitzen, um diese zu bewegen, von sich aus in den Lohnforderungen kürzer zu treten.

Als besonders geeignetes Druckmittel gegen die Gewerkschafter betrachten sie die spektakuläre Kursfreigabe des Dollar und das in diesem Zusammenhang verkündete „Stabilitätsprogramm“. Die Bundesregierung hätte selbstverständlich die Möglichkeit gehabt, mit ihrem riesigen Dollarguthaben die Regierung der USA zur Abwertung zu zwingen, indem sie mit den Papierdollars den Rest des Goldschatzes aus Fort Knox an sich gezogen hätte. Aber aus politischer Hörigkeit war die Bundesregierung hierzu nicht bereit. Die Bundesregierung hat, wie die „Welt“ vom 11. 5. ausplauderte, den Wechselkurs auch deshalb freigegeben, „um endlich Ruhe an der Lohnfront zu erzwingen“.

Die Linie der Unternehmerargumentation wird von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und dem Deutschen Industrieinstitut entwickelt. In einem Artikel im „Arbeitgeber“ (7. 5.) wird die aktive Lohnpolitik als „selbstmörderisch“ bezeichnet, als Sabotage am Wachstum der Wirtschaft und vor allem als Gefährdung der Sicherheit der Arbeitsplätze.

Unternehmer und Regierung stellen die Dinge so dar, als ob steigende Löhne die Investitionen und damit die Arbeitsplätze gefährden. Dabei wird bewußt übersehen, daß unter den Bedingungen einer Produktionsanarchie im gesellschaftlichen Maßstab Inve-

stitionen oft dazu führen, daß Arbeitsplätze vernichtet werden.

Als es den Gewerkschaften 1969 und 1970 gelang, zum Teil beträchtliche Lohnerhöhungen durchzusetzen, bewegten sich zugleich die Investitionen auf einem hohen Niveau. Im Jahre 1970 war der Anteil der privaten und öffentlichen Bruttoanlageinvestitionen am Bruttosozialprodukt mit 26,6 Prozent höher als 1965, also unmittelbar vor der letzten Krise. Wir können gegenwärtig beobachten, daß die Kapazitätsauslastung rückläufig ist, daß also weitaus mehr investiert wurde, als die Bevölkerung kaufen kann.

Jede weitere Investition wird den Widerspruch zwischen Produktion und Markt noch erweitern. Wir dürfen auch nicht übersehen, daß dieselben Unternehmer und dieselbe Bundesregierung, die an die Arbeiterklasse appellieren, sich in ihren Lohnforderungen zurückzuhalten, Milliarden im Ausland investieren.

Schon aus dem Brief von Bundeskanzler Brandt an den DGB-Vorsitzenden Vetter (siehe NACHRICHTEN Nr. 5/1971) wurde deutlich, daß die Bundesregierung ihre Anstrengungen verstärken wird, die Gewerkschaften dahin zu bringen, sich den offiziellen Lohnleitlinien unterzuordnen. Am 11. Mai wurde Brandt vor dem Bundestag noch deutlicher. Er forderte die Gewerkschaften auf, sich einem angeblichen „Gesamtwohl“ unterzuordnen. Dieses „Gesamtwohl“ ist auch nach der Brandtschen Deutung das Alleinwohl der Unternehmer.

So befürchtet Brandt keineswegs eine zu schnelle Profiterhöhung, sondern er sagte: „Zu starke Steigerungen der Lohnkosten könnten in dieser Phase die Gefahr der Unterbeschäftigung hervorrufen. Deshalb erschiene es mir sinnvoll, wenn jetzt bei Preisen und Lohnkosten eine Art Konsolidierungspause ernsthaft in Erwägung gezogen würde.“

Es ist natürlich völlig sinnlos, und das weiß auch Brandt, an die Unternehmer zu appellieren, Preisdiziplin zu üben. Jeder Unternehmer wird und muß stets den Preis nehmen, den er

herausschlagen muß. Der Kern der Brandtschen Rede läuft deshalb auf eine Art Lohnpause hinaus. Es unterscheidet sich die Funktion dieser Regierung in nichts von der der CDU-geführten Regierungen.

Um ganz sicher zu gehen, hat der SPD-Parteivorstand die im SPD-Gewerkschaftsrat vereinten Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften vergattert, sich bei den Lohnforderungen zurückzuhalten. In einem „Spiegel“-Gespräch (24. 5.) erklärte Brandt, daß führende Gewerkschaftsfunktionäre zugesichert hätten, „von übersteigerten Zuwachsraten“ herunterzukommen.

Die Gewerkschaftsfunktionäre, die dem SPD-Gewerkschaftsrat angehören, sind den Forderungen des SPD-Vorstandes weitgehend gefolgt, nicht offen, versteht sich. Sie erklärten, daß zuerst die Unternehmer Opfer für die Stabilität bringen müßten — durch die Reduzierung ihrer Gewinne —, bevor die Arbeiter und Angestellten ihre Forderungen einschränken könnten. Aber das bedeutet, die Dinge auf den Kopf zu stellen. Reduzierung der Gewinne erfordert eine Erhöhung der Löhne, erfordert eine Umverteilung des geschaffenen Neuwertes zugunsten der Arbeiterschaft.

Auch der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, hat in einem Interview mit der „Wirtschaftswoche“ (7. 5.) Vorstellungen geäußert, die in der vom SPD-Parteivorstand gewünschten Richtung gedeutet werden müßten: Brenner meinte, daß eine Wiederholung der Lohnpolitik von 1970 in diesem Jahr nicht wahrscheinlich sei.

In der Zwischenzeit liegen die ersten Ergebnisse vor. Der Abschluß in der chemischen Industrie in Rheinland-Pfalz in Höhe von 7,8 Prozent, auf das Jahr umgerechnet sind es nur ganze 6,5 Prozent, läuft angesichts der Preissteigerung von 5 Prozent praktisch auf einen Lohnstopp hinaus und ist eine völlige Unterordnung unter die Leitlinien der Bundesregierung. Wer aber die Zielprojektion des DGB ernst nimmt, und das sollte man von den führenden Gewerkschaftsfunktionären erwarten, die eine 10,4prozentige Lohnerhöhung vorsieht, der muß angesichts der Tatsache, daß die Inflationsrate noch wächst und 5 Prozent erreicht hat, in diesem Jahr höhere Abschlüsse als im Vorjahr vornehmen.

Wer will, daß die Kluft zwischen Profiten und Löhnen nicht noch größer wird, der muß in diesem Jahr Tarifloohnerhöhungen von 15 Prozent anvisieren. Geringere Lohnerhöhungen tragen dazu bei, die Bürde einer heraufziehenden wirtschaftlichen Rückwärtsentwicklung noch stärker der Arbeiterklasse aufzuladen. Für die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften gibt es nicht den geringsten Grund, an der Lohnfront stillzuhalten.

Gefahren für Wachstum und Vollbeschäftigung entstehen nicht, weil die

Warnstreiks bei Chemie

Negativer Lohnabschluß in Rheinland-Pfalz Bundesschlichtung in Nordrhein gescheitert

Die Lohnbewegung in der chemischen Industrie zeigt einen recht unterschiedlichen Verlauf. In Rheinland-Pfalz haben die Vertreter der IG Chemie-Papier-Keramik am 24. Mai 1971 einen völlig unzureichenden Schiedsspruch der Landesschlichtung angenommen. In Nordrhein dagegen ist am 2. Juni die Bundesschlichtung aufgrund der unnachgiebigen Haltung der Unternehmer gescheitert. Auch in Hessen scheiterte die Landesschlichtung und alles deutet darauf hin, daß auch die für den 14. Juni anberaumte Bundesschlichtung zu keinem Ergebnis führt. Während bei den Arbeitern und Angestellten der chemischen Industrie in Rheinland-Pfalz über den negativen Abschluß von 6,5 Prozent Empörung und Verbitterung herrscht, sind sowohl in Nordrhein als auch in Hessen die Belegschaften zahlreicher Betriebe in Warnstreiks getreten und bereiten sich auf weitere Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung ihrer Forderung von 12 Prozent vor.

Der mit den Stimmen der Vertreter der IG Chemie angenommene Schlichtungsspruch von Rheinland-Pfalz sieht für die 90 000 Arbeiter und Angestellten, nach einer zweimonatigen Lohnpause, ab 1. Juni lediglich eine Tarifierhöhung von 7,8 Prozent vor. Für die

gesamte Laufzeit des Tarifvertrages ab 1. April beträgt die Steigerung nur noch 6,5 Prozent und bleibt damit selbst wesentlich unter den Orientierungsdaten von Superminister Schiller, die von den Gewerkschaften zu Recht kritisiert wurden.

Das Einschwenken der IG-Chemie-Führung in Rheinland-Pfalz auf die Stabilitätsappelle der vereinigten Front von Bundesregierung und Unternehmern schlägt für die Chemie-Monopole in Form weiter steigender Superprofite auf Kosten der Arbeiter zu Buche. Insbesondere der Chemie-Gigant BASF — er beschäftigt die Mehrheit der Arbeiter und Angestellten dieses Tarifbezirks — wird damit in die Lage versetzt, die erneute „Gewinnexplosion“ (DGB-Nachrichten-Dienst vom 3. Mai 1971) verstärkt fortzusetzen. Die Herren der BASF wären durchaus in der Lage gewesen, die an sich bescheidene Forderung von 12 Prozent zu erfüllen. Generaldirektor Timm und seine Vorstandskollegen haben ihre Bezüge kürzlich um 23 Prozent erhöht und die Aktionäre erhielten in diesen Tagen wieder eine Höchstdividende von 22 Prozent ausgeschüttet.

Es bleibt unverständlich, wenn angesichts dieser Situation der Bezirksvorsitzende der IG Chemie von Rheinland-Pfalz, Hans Schweitzer, von einem „der Zeit angemessenen Kompromiß“ spricht. Die betroffenen Arbeiter und Angestellten sind anderer Meinung. Voller Empörung demonstrierten in Ludwigshafen rund 500 Arbeiter und Lehrlinge vor dem Verwaltungsgebäude der BASF und brachten unmißverständlich ihren Protest zum Ausdruck. Über die Art und Weise des Abschlusses wird ebenfalls eine harte Kritik an der IG Chemie laut. Ohne jegliche Befragung der Mitglieder hat man dem Schiedsspruch zugestimmt und die kampfbereiten Arbeiter und Angestellten einfach vor vollendete Tatsachen gestellt.

Auch die vereinbarte Stufenregelung für ein 13. Monatseinkommen ändert nichts an der negativen Bilanz dieses Tarifabschlusses. Erst 1974 soll diese

Forderung erfüllt werden, obwohl in den meisten Betrieben heute schon die Zahlung eines 13. Monatseinkommens mittels Betriebsvereinbarungen durchgesetzt ist. Bei der Sparförderung hat die Führung der IG Chemie in Rheinland-Pfalz ebenfalls völlig ungerechtfertigt den Unternehmern die Zusage gegeben, daß die Zahlung von 26 DM monatlich bis 1976 (!) nicht verändert wird.

Positiv ist zu vermerken, daß die anderen Tarifbezirke der chemischen Industrie das negative Beispiel von Rheinland-Pfalz nicht einfach übernommen haben. Benno Adams, Bezirksvorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik in Niedersachsen, erklärte NACHRICHTEN gegenüber, daß in seinem Bezirk ein so dürftiges Ergebnis wie in Rheinland-Pfalz nicht in Frage komme. „Dafür lege ich die Hand ins Feuer.“ Der rheinland-pfälzische Abschluß sei in allen Bezirken auf heftige Ablehnung gestoßen.

In Nordrhein haben unmittelbar nach Scheitern der Bundesschlichtung in zahlreichen Betrieben die Belegschaften ganz oder teilweise die Arbeit niedergelegt. Bei Redaktionschluß wurde bekannt, daß allein am 3. Juni in folgenden Betrieben die Arbeiter in mehrstündige Warnstreiks traten: Agfa-Gevaert, Leverkusen; Gummiwerke Clouth, Köln; Chemische Fabrik, Köln; und Vorwerk & Sohn, Wuppertal. In einer Flugblattaktion hat die IG Chemie die Arbeiter und Angestellten aufgeklärt, daß nach Scheitern der Bundesschlichtung keine Friedenspflicht mehr besteht und die verschiedensten Arten von Kampfaktionen — von der Arbeit nach Vorschritt bis zum Streik — möglich sind. Außerdem hat die Gewerkschaft für den 8. Juni zu einer Großkundgebung in der Kölner Stadthalle aufgerufen.

Die Unternehmer versuchen jetzt die wachsende Kampffront der Chemiearbeiter zu durchbrechen, indem sie von sich aus allen Arbeitern und Angestellten die in Rheinland-Pfalz abgeschlossenen 6,5 Prozent Tarifierhöhung ab 1. Juni zahlen. Diese fadenscheinige Taktik ist auf einhellige Ablehnung der Arbeiter und Angestellten gestoßen. Vielmehr fordern sie die volle Durchsetzung von 12 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung und die tarifliche Absicherung eines 13. Monatseinkommens.

Wenn die Arbeiter und Angestellten der chemischen Industrie ihre ganze Kraft in die Waagschale werfen, sind sie durchaus in der Lage, die geforderten 12 Prozent, ein 13. Monatseinkommen und Verbesserung der Ausbildungsvergütungen für Lehrlinge voll durchzusetzen. Damit könnte auch das negative Beispiel von Rheinland-Pfalz korrigiert und für alle anderen Bezirke, wie für die anderen Gewerkschaften, ein positives Beispiel gegeben werden. Werner Petschick

.....

Löhne wachsen, sondern weil die Verfügungsgewalt über die entscheidenden Produktionsmittel in den Händen privater Monopole liegt. Wenn die Unternehmer heute erzählen, daß sie nicht zahlen können, so straft sie ein Blick in jede beliebige Wirtschaftszeitung Lügen. Dort versichern sie ihren Aktionären, wie gut es ihnen geht und welch hohe Dividenden sie zu erwarten hätten.

Die Ergebnisse der diesjährigen Lohnrunde werden umso besser sein, je enger die Mitgliedschaft in die Lohnbewegung einbezogen wird. Die niedrigen Ergebnisse im Steinkohlenbergbau, der Bauindustrie oder auch in der chemischen Industrie in Rheinland-Pfalz konnten nur hinter dem Rücken der Mitgliedschaft abgeschlossen werden.

Die Position der Unternehmer und der Regierung ist nicht so stark, weder ökonomisch noch politisch, daß sie offensiv geführten Lohnkämpfen widerstehen könnten. Es ist jetzt notwendig, daß die Aufklärungsarbeit in den Betrieben verstärkt wird, daß die gewerkschaftlichen Vertrauensleute zum Hauptträger der Lohnbewegung werden. Große Bedeutung kommt vor allem der Bewegung in der Metallindustrie zu.

Nur eine starke Lohnbewegung 1971 kann das Konzept von Unternehmerverbänden und Bundesregierung durchkreuzen, die Folgen einer verfehlten Wirtschaftspolitik und einer krisenhaften Wirtschaftsentwicklung voll auf die Arbeiterklasse abzuwälzen.

Heinz Schäfer (IMSF)

Textil: Streiks halfen nach

In der Tariffbewegung der Textil- und Bekleidungsindustrie lagen Anfang Juni 1971 die ersten Abschlüsse vor. Die Lohnbewegung, in der die Gewerkschaft Textil-Bekleidung die Anhebung der Löhne und Gehälter um 52 bis 55 Pfennig bzw. 10,5 Prozent fordert, war bislang von mehreren Urabstimmungen und betrieblichen Streiks als Antwort auf die unnachgiebige Haltung der Unternehmer gekennzeichnet.

In Hessen und Nordrhein wurden in der Textilindustrie neue Tarifverträge in Kraft gesetzt, deren Laufzeit zwölf Monate bis zum 30. April 1972 beträgt. Die Lohnerhöhung beträgt in Hessen zwischen 37 und 43 Pfennig und bleibt damit erheblich hinter der Forderung zurück. Mit nur etwas mehr als sieben Prozent entspricht dieses Ergebnis keineswegs den Erwartungen der Textilarbeiter, deren Löhne 1970 bereits 1,16 DM niedriger lagen als in der übrigen Industrie. Die Gewerkschaft hat sich nunmehr auf die Bonner Leitlinie festlegen lassen.

Im Tarifgebiet Nordrhein beträgt die Lohnerhöhung zwischen 42 und 48 Pfennig. In einer Urabstimmung der Gewerkschaftsmitglieder in 31 Betrieben wurde dieses Ergebnis mit nur 65,5 Prozent der Stimmen gebilligt. Neben der Lohn- und Gehaltserhöhung wurde in beiden Tarifgebieten eine Verlängerung des Urlaubs durch Fortfall der arbeitsfreien Samstage bei der Urlaubsberechnung durchgesetzt.

In der Bekleidungsindustrie, wo die Gewerkschaft die gleichen Forderungen gestellt hatte, kam es zu einer Reihe von betrieblichen Streiks in den Tarifgebieten Nordrhein, Westfalen und Bayern. Damit antworteten die Bekleidungsarbeiter auf die herausfordernde Haltung der Unternehmer, die aufgrund der angeblich schlechten Lage dieser Branche kaum

zu Zugeständnissen bereit waren. Anfang Juni vereinbarte dann die Gewerkschaft Textil-Bekleidung in einem Spitzengespräch mit dem zuständigen Unternehmerverband die Anhebung der Löhne um 34 bis 48 Pfennig und den Fortfall des Samstags bei der Urlaubsberechnung. Ausgenommen blieb davon der Tarifbezirk Nordrhein.

Offensichtlich hat die Gewerkschaft die vorhandene Kampfbereitschaft ihrer Mitglieder nicht voll ausgenutzt, um ein besseres Ergebnis zu erzielen. Daß die Textilunternehmer zahlen können, macht u. a. eine Veröffentlichung über die Gehälter der Vorstandsmitglieder in der Textilwirtschaft deutlich. Wie kürzlich die Fachzeitschrift „Textil-Wirtschaft“ schrieb, betrug 1968 die in den Textilfabriken gezahlten Vorstandsgehälter im Durchschnitt 130 000 DM, das sind rund 11 000 DM im Monat. Ein Jahr später betragen diese Durchschnittsbezüge schon 13 000 und 1970 sogar 14 500 DM. Da die Gehälter der Manager meistens gewinnorientiert sind, läßt sich daraus die Tatsache ablesen, daß die Gewinne kräftig gestiegen sind.

Diesen Umstand sollten die Textil- und Bekleidungsarbeiter in jenen Tarifbezirken, in denen der Abschluß noch aussteht, ausnutzen, um wenigstens regional noch eine stärkere Erhöhung der Löhne und Gehälter durchzusetzen. ert

Sockelbetrag von 50 DM und daneben 9 Prozent. Wiederholt wurden darunterliegende Unternehmerangebote abgewiesen.

Ende Mai vereinbarte die Gewerkschaft mit der Bank für Gemeinwirtschaft eine Aufbesserung der Gehälter um 9 Prozent (ohne Zahlung des Sockelbetrags) und mit dem Beamtenheimstättenwerk um 8 Prozent. Gleichzeitig erklärte die Gewerkschaft, daß die von den Privatbanken angebotene Gehaltserhöhung um 7,9 Prozent nach wie vor abgelehnt werde. Dagegen hat die Deutsche Angestelltengewerkschaft dieses Angebot angenommen.

Nach dem Beispiel der Versicherungen steht zu befürchten, daß die Gewerkschaft nunmehr auch im Bankgewerbe auf das von Bundesregierung und Unternehmerverbänden gemeinsam geforderte „Maßhalten“ einschwenkt und damit den Eindruck erweckt, als würden Löhne und Gehälter tatsächlich die Preise hochtreiben. Abstriche an den gerechten Forderungen der Arbeiter und Angestellten tragen überhaupt nicht zur Preisberuhigung bei, sie erhöhen vielmehr die Profitspannen der Unternehmer. Die Gehaltsforderungen der Bankangestellten müssen darum voll durchgesetzt werden. K. K.

Preissteigerungen und Gewinnexplosion

Experten der Bundesregierung und der Wirtschaftsforschungsinstitute sind sich in ihrer Prognose einig, daß der Anstieg der Lebenshaltungskosten in diesem Jahr kaum unter 5 Prozent betragen wird. Nach dem fortdauernden Anstieg der Preise für Lebensmittel und Gebrauchsgüter, der Tarife für Verkehrsmittel und der Postgebühren haben Ende Mai auch die Elektrizitätswerke die Anhebung der Strompreise angekündigt. Es ist von etwa 10 Prozent die Rede. Nach einer Mitteilung des Bonner Städtebauinstituts sind in den ersten vier Monaten dieses Jahres die Mieten überdurchschnittlich gestiegen.

Nach Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist die gegenwärtige Teuerungswelle ausschließlich auf eine neuerliche starke Ausweitung der Unternehmerrgewinne zurückzuführen. Der DGB verweist in diesem Zusammenhang auf neue Berechnungen der Bundesbank und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, denen zufolge die Lohnkosten seit November 1970 um 3 Prozent gesunken und die Industriepreise gleichzeitig um weitere 2 Prozent gestiegen sind. Im Ergebnis seien die Gewinne (Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen) Ende letzten Jahres um 11,5 Prozent und Anfang dieses Jahres um 13 Prozent emporgeschneit.

HBV steckt weit zurück

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherung hat sich — wie vor ihr schon andere — bei der Tariffbewegung im Versicherungsgewerbe freiwillig der staatlich gewünschten Lohn- und Gehaltspolitik unterworfen. Am 4. Juni 1971 billigte die Große Tarifkommission mit Mehrheit das Verhandlungsergebnis zwischen der Gewerkschaft HBV und dem Verband der Versicherungsunternehmen vom 26. Mai, das eine Erhöhung der Angestelltengehälter um nur 7,5 Prozent, mindestens jedoch 70 DM, vorsieht.

In dieser Branche herrschte bereits seit dem 1. April tarifloser Zustand. Die Gewerkschaft HBV hatte die Erhöhung der Gehälter um einen Sockelbetrag von 60 DM und daneben 9,5

Prozent gefordert. Mit 7,5 Prozent, ohne Vorweganhebung, ist das Ziel weit verfehlt. Das Ergebnis wird auch durch die Erfüllung sogenannter Nebenforderungen nicht spürbar besser: Zahlung einer Sparförderung von 26 DM monatlich ab 1. September 1971, Verlängerung des Urlaubs um 2 bis 3 Tage durch Nichtanrechnung der arbeitsfreien Samstage und tarifliche Absicherung eines 13. Monatsgehalts.

Im Bankgewerbe besteht der tariflose Zustand schon seit dem 1. März, und die Bankangestellten haben in den zurückliegenden Wochen ihre Kampfbereitschaft mit gezielten Streiks und Protestkundgebungen demonstriert. Die HBV-Gewerkschaft fordert die Anhebung der Gehälter um einen

Weiter aktive Tarifpolitik

IGM-Verwaltungsstellen beschließen ihre Anträge Forderungen zum Gewerkschaftstag der IG Metall

Die Vorbereitungen für den 10. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall sind in das letzte Stadium getreten. Die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder- bzw. Vertreterversammlungen der Verwaltungsstellen hat ihre Anträge beschlossen und die Delegierten gewählt. Wenn auch ein umfassender Überblick über die an der Basis beschlossenen Anträge noch nicht möglich ist, so zeigen doch die Anträge einzelner Verwaltungsstellen, daß sich die Kampferfahrungen der letzten zwei Jahre positiv widerspiegeln. Vor allem auf dem Gebiet der Tarif-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik werden vom Gewerkschaftstag klarere Klassenpositionen gefordert und erwartet. Diesem Auftrag und Mitgliederwillen muß der 10. ordentliche Gewerkschaftstag Rechnung tragen, wenn er seine Aufgabe und die in ihn gesetzten Erwartungen voll erfüllen will.

Auf der 9. Jugendkonferenz der IG Metall haben die Delegierten im Namen und im Auftrag von 300 000 jugendlichen Gewerkschaftsmitgliedern in Anträgen und Initiativanträgen Zeichen gesetzt, die sich auch in Wiesbaden wiederfinden müssen. Die überwiegende Mehrzahl der beschlossenen Anträge der 9. Jugendkonferenz ist nicht etwa „utopisch“ oder vom „jugendlichen Feuer und Elan“ diktiert, sondern sehr nüchtern aus den Klassenverhältnissen und Klassegegensätzen der spätkapitalistischen Bundesrepublik geboren.

Ausgehend von den Erfahrungen der Metallarbeiter — und das zeigen die bisher beschlossenen Anträge in den Verwaltungsstellen — steht die Tarifpolitik mit ihren mannigfaltigen Aspekten im Vordergrund. Die jüngste Entwicklung in der Bundesrepublik, die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung und die sogenannten Stabilisierungsmaßnahmen zur Sicherung der Währung werden in einem starken Maße die aktive Tarifpolitik der Gewerkschaft berühren. Die Arbeiter, Angestellten und ihre Gewerkschaften sollen zu Schuldigen einer verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik gestempelt werden.

Es gilt die „Sündenböcke“ zu entlarven, die sich an der Inflation gestoßen, die über die Preise ihre Gewinne maximieren und immer lautstärker die Tarifautonomie in Frage stellen. Ist es nicht geradezu grotesk, daß während der Amtszeit einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung Vertreterversammlungen in ihren Anträgen an den Gewerkschaftstag eindringlich die Verteidigung der Tarifautonomie fordern müssen? „Die Tarifautonomie muß gegen jedermann und mit allen Mitteln verteidigt werden.“ (Hagen) „Die IG Metall wird sich gegen jeden Versuch wehren, die Tarifautonomie einzuschränken oder gar zu beseitigen...“ (Velbert).

Der Gewerkschaftstag wird die Aufgabe haben, klar, deutlich und unmissverständlich den politischen und wirtschaftlichen Kräften, die die Tarifautonomie in Frage stellen und be-

seitigt sehen möchten, den entschiedenen Kampf anzusagen. Das beste Mittel, diesen Kampf zu führen, ist die Fortsetzung der aktiven Lohnpolitik mit dem Ziel, die Verteilungsverhältnisse zugunsten der Arbeiter und Angestellten zu verändern.

Angesichts der Preistreiberei der Großindustrie, die zu Inflationsraten geführt hat, welche nur noch mit dem

Menschlichkeit

In der Sprachregelung bundesdeutscher Regierungsstellen spielt die Vokabel „Menschlichkeit“ eine bedeutende Rolle, besonders, wenn es sich um die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten handelt. Ist die DDR-Regierung nicht geneigt, anmaßende Ansprüche der Bundesregierung zu akzeptieren, möchte man sich hierzulande über diese „Unmenschlichkeit“ schier zerreißen — während andererseits jeder Versuch, sich in die inneren Angelegenheiten der DDR einzumischen, mit der lautereren und uneigennütigen Absicht, für „die Menschen im geteilten Deutschland mehr Menschlichkeit“ zu wollen, bemäntelt wird.

„Menschlichkeit“, wie die Bundesregierung sie versteht, ist auch die Methode, mit der es ihr in diesem Jahr wieder gelungen ist, die Aufnahme der DDR in die Weltgesundheitsorganisation der UNO zu verhindern, obwohl die DDR — sehr zum Unterschied zur Bundesrepublik — in ihrem Lande ein hervorragendes und international anerkanntes Gesundheitswesen aufgebaut hat.

Mit diesem Verhalten hat die Regierung Brandt/Scheel, nicht anders als die CDU/CSU-Regierungen vor ihr, ein Beispiel abgrundtiefer Heuchelei geliefert: Spricht sie von Menschlichkeit, verbirgt sich dahinter egoistische Machtpolitik. okulus

„Korea-Boom“ Anfang der fünfziger Jahre vergleichbar sind, wird auch die IG Metall vor neue Überlegungen gestellt, die Bestandteil einer aktiven Tarifpolitik sein müßten. Klar muß sein, daß die Grundlage der einkommenspolitischen Strategie der Gewerkschaft die aktive Lohnpolitik ist. Sie ist die Grundbedingung für den Erhalt und weiteren Ausbau des Lebensstandards der Arbeitnehmer.

Die Vertreterversammlung der IGM Köln hat in einem Antrag an den Gewerkschaftstag die Forderung gestellt, daß in „Tarifverträge eine Preisgleitklausel aufzunehmen ist, die besagt, daß, wenn die Preise um 2 Prozent und mehr steigen, der Tarifvertrag automatisch aufgekündigt ist“. Diese Forderung der Kölner Metaller ist die richtige Antwort auf die Preistreiberei einerseits und die fehlende Bereitschaft der Regierung — allen voran „Superminister“ Schiller —, die Inflationshyänen beim Namen zu nennen und einschneidende Maßnahmen gegen diese Politik der Großindustrie einzuleiten.

Wenn auch die Erfahrungen der Septemberstreiks 1969 verdeutlichen, daß Tarifverträge noch während ihrer Laufzeit — also während der Friedenspflicht — ad absurdum geführt werden können, kann doch an der Tatsache nicht vorbeigegangen werden, daß die Laufzeit von Tarifverträgen sich öfters als ein Hemmnis für eine klare Antwort der Gewerkschaften zur Sicherung des Lebensstandards erwiesen hat. Hier kann eine Preisgleitklausel, die Bestandteil der aktiven Lohnpolitik sein muß, eine zusätzliche, gegen die Preisdiktate der Großindustrie gerichtete Einkommenssicherung sein.

Das Kernstück einer solchen Preisgleitklausel bestünde darin, daß der Tarifvertrag automatisch nach vier Wochen auslaufen würde, wenn z. B. im Verlauf der letzten zwei Monate die Preise über 2 Prozent angestiegen sind. Grundlage für die Berechnungen der Preissteigerungsraten könnten die Warenkorbberechnungen des Statistischen Bundesamtes sein, die allerdings umstritten sind. Besser jedoch wäre, wenn das Wirtschaftswissenschaftliche Institut (WWI) beim DGB solche Berechnungen vornehmen würde.

Ohne Zweifel werden die Unternehmer und ihre Verbände dem Einbau von Preisgleitklauseln den größten Widerstand entgegensetzen. Für die IG Metall und für die Arbeiter und Angestellten wäre aber eine solche Klausel in Tarifverträgen eine scharfe Waffe, die unter Einbeziehung aller Mitglieder gegen die Preisdiktate der Großindustrie zu einem permanenten Kampf für Preisstabilität sowie Sicherung und Ausbau des Lebensstandards werden könnte. Der 10. ordentliche Gewerkschaftstag sollte sich dieser Sache, die im Interesse der Arbeiter und Angestellten liegt, annehmen.

Hans Vossen

Unzureichende Lohnerhöhung durch Geheimverhandlung Kaufkraftschwund und Steuer lassen nichts übrig

Im Steinkohlenbergbau wurden im „Blitzverfahren“ die Lohnerhöhung, eine neue Lohnordnung, 100 DM mehr Weihnachtsgeld und die Erhöhung der Nachtschichtzulage von 2 auf 4 DM tarifvertraglich vereinbart. Besonders die Lohnerhöhung von 7,3 Prozent ist unbefriedigend. Funktionäre und Mitglieder wurden nach wochenlangen Geheimverhandlungen zwischen IG Bergbau und Energie, Unternehmern und Regierung damit konfrontiert. Statt die Organisation der Bergarbeiter auf Kampf vorzubereiten — weil Lohnfragen nun einmal Kampffragen sind —, wurde die Lohnrunde '71 durch dieses bemerkenswerte Zusammenspiel bereits vor ihrer Eröffnung beendet.

Den Erwartungen des Großkapitals wurde entsprochen: „Die Unternehmer erwarten von den Gewerkschaften . . . eine zurückhaltende Einkommenspolitik, die nicht jede sich durch die Enge des Arbeitsmarktes bietende Möglichkeit ausnutzt.“ (BDI-Jahresbericht 1969/70) Auch Minister Schillers Wunsch wurde erfüllt. „Die Anhebung liegt damit haargenau auf der Linie von Schillers Orientierungsdaten“, konnte die der SPD nahestehende „Neue Ruhr-Zeitung“ am 24. April berichten. „Schiller kann sich einen Bergmannsschnaps genehmigen.“

Der gallebittere Beigeschmack, den Mitglieder und Funktionäre ob der lohnstrategischen Überrumpelung verspürten, ließ sich allerdings nicht mit einem Bergmannsschnaps herunterspülen. In Anlehnung an die DGB-Orientierungsdaten (Zielprojektion) und vorhandenem Nachholbedarf lagen die Vorstellungen und Forderungen der Kumpel bei 15 Prozent.

Von der 7,3-Prozent-Lohnerhöhung muß in diesem Jahr mit einer Abschmelzung von 6 Prozent (Preissteigerungen) gerechnet werden. Den Rest von 1,3 Prozent verzehrt die Steuerprogression. Die Tarifverträge wurden am 29. April unterzeichnet. In einer Erklärung bezeichneten beide Tarifparteien das Ergebnis übereinstimmend als „vertretbar“. In der Hauptvorstandssitzung vom 20. April wurden Bezirksleiter und ehrenamtliche Hauptvorstandsmitglieder angeblich genauso vom Ende der geheim erfolgten „Lohnbewegung“ überrascht wie die übrigen Mitglieder und Funktionäre. Folgende Argumente für das unzureichende Ergebnis wurden u. a. gebraucht:

Die Mitbestimmung innerhalb der „Ruhrkohle AG“ gehe weiter als in anderen Bereichen. Folglich müsse auch mehr Verantwortung für das Wohl des Unternehmens getragen werden. Durch zu hohe Lohnforderungen würden Arbeitsplätze gefährdet. Man müsse volkswirtschaftliche Verantwortung zeigen. Die öffentliche Meinung sei zu berücksichtigen. Hierzu muß festgestellt werden:

Wenn Mitbestimmung zur Bremse von sozialer Besserstellung umfunktioniert wird, kann man keinen Kumpel und Angestellten von ihrem Wert überzeugen. Lohn- und Gehaltsverzicht wird keine Schachttanlage vor geplanter Stilllegung bewahren und auch keine Arbeitsplätze sichern. Das wird nur durch Kampf gegen die Auswirkungen des staatsmonopolistischen Wirtschaftssystems möglich sein. Was die öffentliche Meinung angeht, so wird diese auch nicht berücksichtigt, wenn es um staatliche Subventionen, um Steuer-gelder der Bevölkerung geht, die dem privatkapitalistischen Superkonzern „Ruhrkohle AG“ weiterhin zugeschanzt werden sollen.

In der IGBE ist eine Grundsatzdiskussion fällig, ob aus der Kampforganisation der Bergarbeiter ein integrierter Berufsverband werden soll. Noch immer sind in der IGBE die Beschlüsse und Richtlinien der Gewerkschaftskongresse sowie der Gewerkschaftstage gültig und haben Vorrang gegenüber Bonner Empfehlungen. Nicht „Schützenhilfe“ für konzernfreundliche Regierungspolitik, sondern Klassenvertretung der Bergarbeiter ist notwendig. Bonner „Orientierungshilfen“ führen in die falsche Richtung.

Die neue Lohnordnung — gekoppelt mit der Lohnerhöhung — hat die Tarifsituation kompliziert gemacht. In den Betrieben können sich die Kumpel noch keine rechte Vorstellung machen, was unter dem Strich für sie ab 1. Juni 1971 herauskommt. Das ist auch Ursache dafür, daß in erster Linie Kritik an der Methodik des Tarifabschlusses geübt wurde und weniger an den 7,3 Prozent Lohnerhöhung selbst.

Die neue Lohnordnung schafft unerfreuliche Probleme. Mit Änderungskündigungen und damit verbundenem Lohnverlust muß gerechnet werden. Die Konturen eines verschärften Ausbeutungssystems zeichnen sich bereits ab. Betriebsräte werden noch mehr als bisher gefordert werden. Sie brauchen eine starke klassenbewußte Gewerkschaft als Rückhalt. Manfred Sokolof

Der Delegationsaustausch zwischen den sowjetischen Gewerkschaften und denen des DGB war gewiß eine nützliche Sache und sicher konnten beide Seiten dabei bereits neue Erfahrungen sammeln. Wer auch immer von unseren Gewerkschaften in die Sowjetunion reiste, konnte sehen, daß die Gewerkschaften in der SU ein bedeutender, mitbestimmender Faktor im gesamten gesellschaftlichen Leben der Völker in diesem sozialistischen Land sind.

Auch die Vertreter der Sowjetgewerkschaften, die in der Bundesrepublik bei den DGB-Gewerkschaften zu Gast weilten, konnten den Klassenkampf, den diese zu führen gezwungen sind, besser verstehen lernen. Diese Erfahrungen förderten die Erkenntnis, daß die Gewerkschaften in den kapitalistischen Ländern und die Gewerkschaften in den sozialistischen Ländern zumindest das gemeinsam haben: die Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Nun hat der Bundesvorstand des DGB kürzlich angekündigt, vorerst keine Delegationen mehr in die SU entsenden zu wollen. Das geschieht ausdrücklich mit dem Hinweis auf Westberlin. Der Bundesvorstand des DGB glaubt, die Gewerkschaften der Sowjetunion zu etwas zwingen zu können, was die Regierung in Bonn verlangt, nämlich Westberlin als Bestandteil der BRD — durch die Hintertür — anzuerkennen. Der Regierung und allen Rechtskräften, die das gleiche verlangen, wird damit durch den Bundesvorstand Schützenhilfe geleistet. Auch in der neuen Satzung kommt das zum Ausdruck, wo — übrigens gegen den Widerstand beachtlicher Teile der Delegierten in Düsseldorf beschlossen — Westberlin als zur BRD gehörig erklärt wird.

Der Abbruch der Delegationsreisen in die SU und die Westberlin-Klausel in der neuen Satzung sind Hindernisse, die der DGB sich selbst in den Weg stellt. Gerade in diesen Tagen, da die Regierung der SU den Vorschlag machte, daß die USA und die SU gemeinsam damit beginnen sollten, ihre Truppen aus Europa abziehen, um eine allgemeine Truppenreduzierung in Europa zu erreichen, ist die Selbstisolierung des DGB von einer Politik der Entspannung nicht nur falsch, sondern auch schädlich.

Einmal mehr zeigt sich, daß Westberlin als Störfaktor benutzt wird, um eine realistische Politik der Entspannung zu behindern, wenn nicht zu torpedieren. Damit der DGB seine volle gewerkschaftliche Unabhängigkeit gegenüber den Rechtskräften und der Regierung zurückhält, muß er seine Westberlin-Scheuklappe ablegen.

- jol -

Dollar und DM in der Krise

Wie es dazu kam und wer die Lasten trägt Kriegs- und Rüstungspolitik ruinieren Währung

Der Rücktritt des Bundesfinanzministers hat einmal mehr deutlich gemacht, welchen großen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten sich die Regierung Brandt/Scheel gegenübergestellt sieht. In der Tat ist die Zwischenbilanz der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung alles andere als hoffnungsvoll.

Die mit vielen Erwartungen verbundene Ostpolitik stagniert, weil sich die Regierung selbst Hindernisse in den Weg gelegt hat, wie das „Berlin-Junktim“, das die Ratifizierung der Ostverträge verhindert, sowie die sture Weigerung, die DDR völkerrechtlich anzuerkennen. Die von Bundeskanzler Willy Brandt mit so viel Pathos angekündigten inneren Reformen sind nicht einmal in den Ansätzen sichtbar: Der Gesetzentwurf über die paritätische Mitbestimmung wird in dieser Legislaturperiode dem Bundestag nicht mehr vorgelegt und die Novelle zum Betriebsverfassungsgesetz entsteht unter Mißachtung der gewerkschaftlichen Forderungen. Der Entwurf der Steuerreformkommission begünstigt in schamloser Weise die Großen und belastet die kleinen Einkommen. Die konzertierte Aktion legt Leitlinien für Löhne und Gehälter fest, nicht aber für die Gewinne der Monopole.

Durch die fortdauernde Bindung der Mark an den Dollar trägt die Bundesregierung nicht nur zur Finanzierung des schmutzigen Krieges in Vietnam bei, gleichzeitig importiert sie eine Inflation, die neben der hemmungslosen Preispolitik der Großindustrie die versprochene Preisstabilität verhindert. Das alles brauchte nicht zu sein. Die Bundesrepublik ist ein reiches und technisch hochentwickeltes Land und verfügt über eine Wirtschaftskraft, die, wenn sie im Interesse aller eingesetzt würde, Geldstabilität und soziale Sicherheit garantieren könnte. Dazu bedarf es allerdings mehr als nur des Rücktritts eines Ministers und der Schaffung eines Superministeriums in der Hand Karl Schillers, der die Profitinteressen des Großkapitals zur Richtschnur seiner Politik gemacht hat.

Auf dieses Ziel sind zweifellos auch die Schillerschen Stabilitätsmaßnahmen ausgerichtet, die Währungs- und Preisstabilität wieder herstellen sollen. Die Stilllegung von Haushaltsmitteln und das Einfrieren von Steuermehreinnahmen in Höhe von fast 3,5 Milliarden DM können aber keine hierfür geeignete Maßnahmen sein, denn die Ursachen der derzeitigen Preis- und Währungskrise liegen nicht in den Aufwendungen für „kostspielige Reformpläne“ der Bundesregierung oder in notwendigen Ausgaben für Straßen, Schulen und Krankenhäuser, sondern in den hohen

Rüstungskosten von insgesamt fast 40 Milliarden DM. Rüstungsausgaben schaffen Kaufkraft, ohne einen entsprechenden Gegenwert an Konsumgütern, und führen damit zu einer Aufblähung des Geldumlaufes; sie sind eine Vergeudung volkswirtschaftlicher Werte.

Daneben ist es die rücksichtslose Preispolitik der Konzerne und Monopole zur Sicherung ihres Maximalprofits. Obwohl durch Rationalisierung und steigende Intensität der menschlichen Arbeitsleistung der Lohnkostenanteil an den Produktionskosten von Jahr zu Jahr weiter absinkt, wachsen die Preise für Industriegüter, besonders in den Jahren, die durch eine Profitexplosion gekennzeichnet sind.

Die Instabilität der DM ist aber weniger binnenwirtschaftlich als außenwirtschaftlich bedingt. Die bürgerliche Presse hat, ebenso wie die Unternehmer und die ihr hörige CDU/CSU, ein besonderes Interesse daran, auf die binnenwirtschaftlichen Faktoren hinzuweisen in der Absicht, die Gewerkschaften für die Preisentwicklung verantwortlich zu machen und sie durch eine öffentliche Diskriminierung daran zu hindern, ausreichende Lohn- und Gehaltserhöhungen durchzusetzen.

Die Hauptursache der Inflation ist die internationale Währungskrise der kapitalistischen Staaten, hervorgerufen durch die ständige Entwertung des Dollars. Seit Jahren vergeudet die US-Regierung enorme Dollarbeträge zur Finanzierung ihrer aggressiven Außenpolitik. In mehr als einhundert Ländern unterhalten die USA weit über 2000 Militärstützpunkte, und allein der schmutzige Krieg in Vietnam belastet den amerikanischen Staatshaushalt pro Tag mit 77 Millionen Dollar. Die Folge ist, daß der Wert des Dollars in zunehmendem Maße schwindet, weil die USA-Regierung ihr jährliches Haushaltsdefizit mit Papiergeld stopft, für das keine entsprechende Golddeckung mehr vorhanden ist.

Obwohl sich die US-Regierung verpflichtet hat, jeden Dollar gegen eine bestimmte Goldmenge einzutauschen, ist sie heute nicht mehr dazu in der Lage: Ihr Goldbestand entspricht nur noch einem Gegenwert von 11 Milliarden Dollar gegenüber 40 Milliarden Papierdollar, die im Umlauf sind. Nach dem Abkommen von Bretton

Woods, dem 1952 auch die Bundesrepublik beigetreten ist, muß sie die Dollars zu dem in Bretton Woods beschlossenen Kurs aufkaufen. Das führt neben der Inflationierung der Mark u. a. dazu, daß die amerikanischen Monopole und Konzerne in der Bundesrepublik Industriebetriebe mit billigen Papierdollars aufkaufen können.

Aus politischen Gründen hat die Bundesregierung bisher darauf verzichtet, sich gegen diesen Währungsbetrug zur Wehr zu setzen, weil sie damit rechnen muß, daß dann die USA ihre Besatzungsarmee aus Europa zurückziehen werden. Das wäre zwar keineswegs zum Schaden für die Bundesrepublik, aber auch die Regierung Brandt lebt augenblicklich in der Vorstellung, man könne mit der amerikanischen Besatzungsarmee in der Bundesrepublik etwa die Sowjetunion zu politischen Zugeständnissen zwingen.

Die Freigabe der Wechselkurse auf Zeit und mit der Absicht, zum Ausgangskurs zurückzukehren, ist nur eine unzulängliche Maßnahme. Nach den Worten des Ministerialdirektors Hankel aus dem Ministerium des sozialdemokratischen Ministers Schiller hat die Freigabe des DM-Wechselkurses allerdings auch eine politische Aufgabe, nämlich „die Resistenz der Unternehmer gegen die Lohnerhöhungen zu stärken“.

Mit besonderem Wohlwollen hat die Bundesregierung das Sondergutachten des Sachverständigenrates als „wertvolle Analyse“ der Situation in der Bundesrepublik und als ernste Mahnung zur Sicherung ihrer Stabilisierungspolitik zur Kenntnis genommen. Die Gutachter haben aber nicht nur die innen- und außenwirtschaftlichen Stabilisierungsmaßnahmen der Bundesregierung als richtig bezeichnet, sondern auch das ausgesprochen, was Brandt und Schiller der Bevölkerung, und besonders den Arbeitern und Angestellten, bisher verschwiegen haben: Nach den Worten der Sachverständigen führen die Stabilisierungsmaßnahmen Schillers zu einer Gefährdung der Vollbeschäftigung.

Die Beteuerung der Bundesregierung, das nun nicht mehr abzuleugnende Beschäftigungsrisiko so klein wie möglich zu halten, kann die um ihren Arbeitsplatz bangenden Arbeiter und Angestellten nicht beruhigen. Es gibt keinen Zweifel, die Kosten einer fragwürdigen Stabilitätspolitik trägt die Arbeiterschaft.

Die gegenwärtige Situation in der Bundesrepublik ist ein Beispiel für die wachsenden Widersprüche der spätkapitalistischen Ordnung. Sie zeigt die Notwendigkeit, die Macht des Großkapitals zu überwinden und tiefgreifende demokratische Umgestaltungen in Staat und Gesellschaft durchzuführen.

H. S.

Satzung mit Widersprüchen

Außerordentlicher Kongreß beschloß neue DGB-Satzung Tautziehen zwischen Integration und Unabhängigkeit

Als widersprüchlich sind Verlauf und Ergebnisse des außerordentlichen DGB-Bundeskongresses zu werten, der am 14. und 15. Mai 1971 in Düsseldorf stattfand. Der Kongreß verabschiedete eine neue Satzung für den DGB. Die Aussagen führender Funktionäre und die Beschlüsse der 430 Delegierten bewegten sich zwischen gegensätzlichen Polen wie: richtige gesellschaftliche Analysen und falsche Konsequenzen, gewerkschaftspolitische Notwendigkeiten und schädliche Loyalität zur Bundesregierung, Betonung gewerkschaftlicher Unabhängigkeit und verstärkte Integrationsbestrebungen. Diese Tendenzen widerspiegeln das Wirken der beiden Grundströmungen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften: der progressiven, auf konsequente Interessenvertretung der Arbeiterschaft und Systemveränderung orientierten Kräfte auf der einen und der auf Systemstabilisierung und Anpassung hinarbeitenden Kreise auf der anderen Seite. So ist auch die neue Satzung das Ergebnis eines Kompromisses zwischen beiden Strömungen. Obgleich sie verstärkte Integrations Tendenzen reflektiert, haben sich die rechten Vertreter einer weitergehenden DGB-Reform „an Haupt und Gliedern“ auf diesem Kongreß nicht durchsetzen können.

In dem Bestreben, beiden Kräftegruppierungen gerecht zu werden, hielt der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter ein Grundsatzreferat, das sich auf den kurzen Nenner bringen läßt: Analyse gut — Schlußfolgerungen mangelhaft. Systemkritisch stellte Vetter fest, daß die Gewerkschaftsbewegung „heute wie vor hundert Jahren vor demselben Tatbestand“ stehe: der „sozialen Unterlegenheit und Abhängigkeit des Arbeitnehmers. Er muß seine Arbeitskraft verkaufen, um den für sich selbst und seine Familie notwendigen Lebensunterhalt zu decken.“ Die Gewerkschaften müßten Selbsthilfe- und Kampforganisationen der Arbeiterschaft sein, um dieses spätkapitalistische System „von Grund auf zu verändern“. (Siehe: „Vetter: Das System ändern!“, Seite 11)

Der richtigen Analyse folgten jedoch Feststellungen, die das erklärte Ziel, die Gesellschaft entsprechend den Interessen und Erfordernissen der abhängig Beschäftigten zu verändern, praktisch unerreichbar machen: Zwar sollen die Gewerkschaften Kampforganisationen sein, aber Vetter lehnt den „Klassenkampf als gewaltsamen Umsturz“ für gesellschaftspolitische Veränderungen ab. Er unterstrich die Notwendigkeit, die Allmacht der Unternehmer und ihrer Manager zu überwinden, wehrte sich jedoch gegen die Agitation der „unbelehrbaren Gegner“, paritätische Mitbestimmung werde die Unternehmerentscheidungen beeinträchtigen. Vetter wies alle Versuche zurück, „den Gewerkschaften innerhalb des bestehenden Systems einen festen Standort zuzuweisen, um das System als solches jeglicher Veränderung zu entziehen“, stellte aber gleichzeitig alle konsequenten gewerkschaftspolitischen Maßnahmen in Frage, die allein geeignet sind, die Veränderungen tatsächlich herbeizuführen.

Brenner-Angriff von rechts

Trotz der im Referat enthaltenen Zugeständnisse an die Verteidiger der staatsmonopolistischen Grundordnung in der Bundesrepublik und des nahezu gänzlichen Verzichts auf Kritik an der Bundesregierung, ging diesen die Systemkritik Veters offenkundig zu weit. Ohne Vetter ausdrücklich zu nennen, attackierte Otto Brenner, der sich mit seiner ganzen Autorität als Sprecher des Integrationsflügels profilierte, die Darstellung der kapitalistischen Wirklichkeit, die ihm zu einseitig war. Ohne die Systemkritik entkräften zu können, überbetonte Brenner die in den vergangenen Jahrzehnten erreichten Erfolge der Gewerkschaften, die niemand bestritten hatte, als seien sie das Resultat des Systems und nicht des erbitterten, opfervollen Kampfes der Gewerkschaftsbewegung.

Brenner, dem schon in München ein Delegierter bescheinigt hatte, der „eiserne Otto“ beginne zu rosten, und dem jetzt in Düsseldorf der Delegierte Eichhorn „verkümmertes Klassenbewußtsein“ vorwarf, passierte genau das, wovor Vetter in seiner Rede gewarnt hatte: „Die Anhebung des Konsumstandards unterprivilegierter Schichten hat an den entscheidenden Herrschaftsverhältnissen und Abhängigkeiten nichts Wesentliches geändert. Lassen wir uns vom Boom der Kühlschränke und Automobile nicht blenden.“

Es war schließlich auch Otto Brenner, der in seiner Loyalität zur Politik Prof. Schillers fast schon bis an den Rand der Gefährdung gewerkschaftlicher Unabhängigkeit ging, um aus der wirtschaftspolitischen Entschliebung eine kritische Passage herauszubekommen. Mit einem Initiativantrag ließ er die Wertung „eingetretene wirtschaftliche Fehlentwicklung“ durch „eingetretene Zuspitzung...“ ersetzen und die von

der Bundesregierung gefaßten „Stabilitätsbeschlüsse“ für gut heißen. Der Kongreß, der in totaler Verzerrung der Mitgliederstruktur des DGB von 430 Delegierten nur 5 „Jugendliche“ unter 30 Jahren, 19 Frauen, 98 Arbeiter, aber 238 hauptamtliche Funktionäre vorzuweisen hatte, folgte dem Antrag Brenners. Beifall für kritische Worte gab es fast nur unter den Gästen auf den Zuschauertribünen.

Rechtsstaat erst schaffen!

Wie schon in der vorangegangenen Diskussion des Satzungsentwurfs an der Basis des DGB offenbarten sich auf dem Düsseldorfer Kongreß die eingangs genannten Grundströmungen im DGB in der Debatte zum Paragraph 2 der neuen Satzung, der die generelle Aufgabenstellung des Bundes zum Inhalt hat. Die unterschiedlichen Auffassungen entzündeten sich am Absatz 1 c, der nach Vorschlag des DGB-Bundesvorstandes und der Empfehlung der Antragskommission „Ausbau und Sicherung des sozialen Rechtsstaates“ als Aufgaben des Gewerkschaftsbundes vorsieht. Insgesamt acht Anträge verlangten stattdessen die „Verwirklichung“ des sozialen Rechtsstaates. Damit wurde das Verhältnis der Gewerkschaften zum Staat angesprochen.

Vier Diskussionsredner setzten sich für die Änderungsanträge ein. Im Namen aller DGB-Landesvorsitzenden führte Philipp Pleß von Hessen u. a. aus, daß im Jahre 1963 im DGB-Grundsatzprogramm festgestellt worden sei, in der Bundesrepublik habe es nach 1945 eine Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse gegeben. Dieser Prozeß habe sich in den vergangenen Jahren weiter verstärkt, und die Kluft zwischen Grundgesetzauftrag und Realität sei noch größer geworden. Mit ähnlichen Argumenten sprachen sich die Delegierten Weigel von der IG Metall, Rappe von der IG Chemie sowie Götz und Eichhorn von der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen für die Aufgabenformulierung „Verwirklichung“ des sozialen Rechtsstaates aus. (Siehe Auszüge aus den Diskussionsbeiträgen von Weigel und Götz auf Seite 12)

„Linker“ Radke ganz rechts

Gegen diese Formulierung traten Herbert Stadelmaier, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, sowie Otto Brenner und Olaf Radke von der IG Metall in massiver Form auf. Während Stadelmaier spitzfindige juristische Argumente auf einem vorbereiteten Manuskript ablas, erwies sich ebenso Otto Brenner auch in dieser Frage als ein Exponent jenes Flügels in den Gewerkschaften, der den vom Monopolkapital in die Arbeiterbewegung hineingetragenen

Prozeß der Integration der Gewerkschaften in das spätkapitalistische System objektiv unterstützt. Brenner kritisierte den DGB-Vorsitzenden Vetter in diesem Zusammenhang von einer rechten Position aus. Er behauptete, mit der Aufgabenstellung „Verwirklichung“ des sozialen Rechtsstaates werde das Erreichte negiert.

Zugleich war Brenners Beitrag von einem unterschwelligen, verfeinerten Antikommunismus gekennzeichnet. Mehrmals sprach er davon, daß „von gewisser Seite“ mit den Änderungsvorschlägen eine ganz andere Zielsetzung angestrebt werde. In der abschließenden Pressekonferenz wurde Brenner etwas konkreter: Die „gewisse Seite“ sei der NACHRICHTEN-Sonderdruck mit Vorschlägen für eine neue Satzung.

Hier sei nur bemerkt, daß unsere Redaktion bei den Satzungsvorschlägen keine eigenen Vorstellungen entwickelt, sondern lediglich die in den Gewerkschaften diskutierte Kritik am Satzungsentwurf zusammengefaßt und veröffentlicht hat. Im übrigen setzen sich NACHRICHTEN stets dafür ein, daß die dem Arbeiterinteresse dienenden gewerkschaftlichen Beschlüsse verwirklicht werden.

Das IG-Metall-Vorstandsmitglied Olaf Radke — er galt früher in manchen Kreisen als „Linker“ — trat noch demagogischer auf als sein Vorsitzender. Allen Ernstes behauptete er, wer sich für die Realisierung des Verfassungsauftrages nach „Verwirklichung“ des sozialen Rechtsstaates einsetze, fordere ein neues Grundgesetz und stelle sich damit außerhalb der Legalität. Im Grunde war diese Unterstellung eine infame Beleidigung der Millionen Gewerkschafter und solcher bewährten Antifaschisten wie Philipp Pleß.

Angesichts des massiven Auftretens von Brenner und Radke entschied sich der Kongreß in dieser Frage, bei etwa 60 Gegenstimmen, für den Vorschlag des DGB-Bundesvorstandes. Offensichtlich spielte bei dieser Entscheidung die schon erwähnte Zusammensetzung des Kongresses ebenso eine Rolle wie die Disziplinierungsmaßnahmen der Delegierten, die unmittelbar vor dem Kongreß erfolgten. Nicht zu zuletzt haben viele Delegierte nicht erkannt, daß Otto Brenner heute in der Gewerkschaftsbewegung eine gleiche Haltung einnimmt, wie vor Jahren der frühere Vorsitzende der IG Bau-Steine-Erden, Georg Leber. Damals hatte Brenner die im Grunde gewerkschaftsschädigende Haltung Lebers, insbesondere bei der Auseinandersetzung um die Notlandsgesetze, noch entschieden bekämpft. Heute vertritt Brenner eine regierungskonforme Politik und gefährdet damit die auch in der neuen Satzung festgelegte Unabhängigkeit der Gewerkschaften von Regierung, Parteien und Unternehmern.

Antragsrecht nur für Vorstände

Der Kongreß entsprach ebenfalls nicht den Interessen der Mitglieder, als er gegen etwa 100 Stimmen die Ausweitung des Antragsrechts für DGB-Kongresse ablehnte. Obwohl in der vorausgegangenen innergewerkschaftlichen Diskussion von DGB-Kreisorganisationen immer wieder die Einführung des 1962 abgeschafften Antragsrechts für DGB-Kreise gefordert wurde, war dieses Verlangen der Filtermethode der übergeordneten Vorstände zum Opfer gefallen. Aber auch die vier Anträge, die die Ausweitung des Antragsrechts auf die jeweils höchsten Organe der Antragsteller — Gewerkschaftstage, Landesbezirksdelegiertenkonferenzen und Bundespersonengruppenkonferenzen — forderten, fanden nicht die Zustimmung von Zweidritteln der Delegierten.

Damit bleibt der oft kritisierte Zustand weiter bestehen, daß zum Beispiel Beschlüsse von Gewerkschaftslagen von den antragsberechtigten Hauptvorständen unter Mißachtung der innergewerkschaftlichen Demokratie nicht an den DGB-Kongreß weitergeleitet zu werden brauchen. (Siehe dazu den Auszug aus dem Diskussionsbeitrag von Erich Weigel, Seite 12) Obwohl der DGB-Vorsitzende Vetter in seinem Referat die Stärkung der unteren Organe als wesentlich für den Erfolg gewerkschaftlicher Arbeit bezeichnet hatte, ist vom Kongreß in bezug auf das Antragsrecht nicht die entsprechende Konsequenz gezogen worden.

Die Widersprüchlichkeit der neuen Satzung, die aber dennoch eine Basis für eine fortschrittliche, an den Interessen der Arbeiterklasse orientierte Gewerkschaftsarbeit bietet, kommt auch in den folgenden, teils negativen, teils positiven Bestimmungen zum Ausdruck:

Europaschwärmerei

In § 2 Abs. 1 d wird mit illusionärer Europaschwärmerei das Bekenntnis „zur Schaffung eines vereinten Europas mit demokratischer Gesellschaftsordnung“ ausgesprochen, als sei dem DGB in all den Jahren verborgen geblieben, daß die Europaidee das Mittel der Monopole zur Ausdehnung ihrer wirtschaftlichen und politischen Herrschaft und zur Verfeinerung des Systems der Ausbeutung der Werktätigen ist. Das jedenfalls sind die realen EWG-Erfahrungen, auch die der Gewerkschaften. § 2 Abs. 3 a sieht statt der notwendigen Zusammenarbeit mit allen Gewerkschaften im internationalen Raum nur das Zusammenwirken mit „freien“, nach bestimmtem Sprachgebrauch also antikomunistischen Gewerkschaften vor.

Bedauerlich ist auch, daß der Kongreß sich nicht entschließen konnte, bei der

Festlegung des Widerstandsrechts ausdrücklich von der Bekämpfung neonazistischer, nationalistischer und militaristischer Einflüsse zu sprechen. In diesem Zusammenhang muß jedoch bemerkt werden, daß die in der alten Satzung geforderte Bekämpfung auch „kommunistischer Einflüsse“ einer realistischen Betrachtungsweise gewichen ist. Bedenklich ist wiederum die beabsichtigte Festlegung des DGB in § 2 Abs. 3 e auf die Wahrnehmung der ihm durch Gesetze zugewiesenen Befugnisse, obwohl es elementarer Bestandteil des gewerkschaftlichen Kampfes ist, Gesetze zu bekämpfen, die den Interessen der Arbeiterklasse, der Volksmehrheit, entgegenstehen.

Auf Bonner Westberlin-Kurs

Schließlich änderte der Kongreß im Sinne der politischen Konzeption der Bundesregierung eine Bestimmung über Westberlin. Während die Antragsberatungskommission in § 3 Abs. 1 die Formulierung vorschlug: „Mitglied des Bundes können Gewerkschaften werden, deren Geltungsbereich sich auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und das Land Berlin erstreckt“, nahm der Kongreß einen IG-Metall-Antrag an, der für „und das Land Berlin“ die Formulierung „einschließlich des Landes Berlin“ setzte. Die der IG Metall folgten, befürchteten, daß man aus dem Vorschlag der Antragskommission ein Akzeptieren der Tatsache herauslesen könnte, Westberlin sei kein Bundesland, sondern eine besondere politische Einheit.

Andererseits verabschiedete der außerordentliche Bundeskongreß eine Reihe Satzungsbestimmungen, die auf die demokratische Stärkung der Organisationen des DGB zielen. So soll künftig bei der Wahl der Delegierten zu Bundeskongressen und anderen Organen des DGB nach § 7 Abs. 5 (und anderen) „die Mitgliederstruktur berücksichtigt werden“. Zu § 7 Abs. 11 wurde ein Antrag des Landesbezirks Hessen angenommen, in dem es heißt: „Der Bundeskongreß gibt sich eine Geschäftsordnung und wählt ein Präsidium.“ Die Empfehlung der Antragskommission („Der Bundesvorsitzende oder einer seiner Stellvertreter führen den Vorsitz im Bundeskongreß“) wurde verworfen. Auch diese Entscheidung bedeutet eine Stärkung der innergewerkschaftlichen Demokratie.

Eine Verbesserung ist auch die mit § 8 Abs. 2 verfügte Erweiterung der Zusammensetzung des Bundesausschusses, des höchsten Organs zwischen den Kongressen. Sie bedeutet eine Erhöhung der Mitgliederzahl von bisher 81 auf 135, eine Stärkung der Stellung des Bundesausschusses gegenüber dem Bundesvorstand und ermöglicht eine bessere Berücksichtigung der ehrenamtlichen Kräfte, die im alten

Bundesausschuß nach den Worten von Franz Woscheci nur mit „drei oder vier“ Vertretern präsent waren.

„Es gibt die Arbeiterpartei“

Interview mit Ludwig Müller zu einer Äußerung H. O. Vettters

Vetorecht bei Neuaufnahmen

Eine lebhafte Debatte gab es über die Empfehlung der Antragskommission, die im Satzungsentwurf enthaltene wesentliche Bestimmung über die Aufnahme weiterer Gewerkschaften in den Bund zu streichen: „Eine Gewerkschaft kann in den Bund nur aufgenommen werden in Übereinstimmung mit der Gewerkschaft oder den Gewerkschaften, die für diesen Organisationsbereich bereits Mitglied des Bundes sind.“ OTV-Vorsitzender Klunker und Brenner warnten vor der Abschaffung des Industriegewerkschaftsprinzips, das die Folge der Streichung dieser Bestimmung sei. Nach mehreren Abstimmungen ergab sich eine knappe Zweidrittelmehrheit von 300 Stimmen für die Beibehaltung des Vetorechts der Gewerkschaften. Die alte Satzung schloß Neuaufnahmen überhaupt aus.

Andere Beschlüsse, wie z. B. die Einrichtung von Arbeiterausschüssen, das satzungsmäßige Recht der DGB-Organisations- und Landespolitik nicht nur Stellung zu nehmen, sondern auch Forderungen zu unterbreiten, sowie die Beibehaltung einer Beitragsabführung an den Bund in Höhe von 12 Prozent (die IG Metall hatte 12,5 Prozent vorgeschlagen), wären noch zu nennen, um das Bild der neuen Satzung abzurunden.

Reform geht weiter

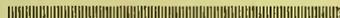
Vor allem folgender Beschluß ist noch von großer Tragweite: „Mit dem außerordentlichen Bundeskongreß des DGB wurde die Reform des DGB eingeleitet. Der Kongreß beauftragt den Bundesvorstand, bis zum 10. ordentlichen Bundeskongreß Vorschläge für weitere organisatorische Reformmaßnahmen und dazu notwendige Satzungsänderungen zu entwickeln. Auf diesem Gebiet eingeleitete Maßnahmen sind fortzusetzen.“ Dieser mit mindestens 100 Gegenstimmen angenommene Antrag sieht das gewerkschaftspolitische Novum vor, daß ein Kongreß abschließend die abermallige Änderung dessen verfügt, was er gerade zuwege gebracht hat.

Schon H. O. Vetter hatte in seinem Referat gefordert, bei den vorzunehmenden Satzungsänderungen nicht stehen-zubleiben und den Satzungskongreß von Düsseldorf als Beginn einer umfassenden DGB-Reform zu verstehen. In den Details entwickelte Vetter Vorstellungen über die „Stärkung“ der DGB-Spitze, die denen des Prototyps der Reform von rechts, des ehemaligen 2. Vorsitzenden der Deutschen Postgewerkschaft, Kurt Gscheidle, kaum nachstanden. Kernstück von Vettters Konzept: die Einzelgewerkschaften

Ein Redaktionsmitglied der NACHRICHTEN führte mit Ludwig Müller, Mitglied des Präsidiums der Deutschen Kommunistischen Partei, unmittelbar nach dem außerordentlichen DGB-Kongreß folgendes Gespräch:

Frage: Der DGB-Vorsitzende Heinz O. Vetter sagte in seinem Referat: „Arbeiterparteien alten Stils gibt es nicht mehr.“ Was sagen Sie als Vertreter der DKP dazu?

Antwort: Wenn Vetter damit die Frage nach der Arbeiterpartei aufwirft, die die Klassenforderungen der Arbeiterschaft konsequent vertritt und deren gesellschaftspolitische Zielsetzungen auf ihre eigene Fahne schreibt, dann müßte er wissen, daß es eine solche Partei, nämlich die DKP, gibt. Als marxistische Partei der Arbeiterklasse vertritt sie die Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in allen Bereichen konsequent und entwickelt zugleich die gesellschaftliche Alternative zum monopol-kapitalistischen System. Während die rechten Führer der SPD betonen, sich zu einer „Volkspartei“ entwickelt zu haben, und das herrschende System erhalten und stabilisieren wollen, tritt die DKP für die demokratische Neuordnung von Staat und Gesellschaft ein, kämpft sie für eine neue, für die sozialistische Gesellschaftsordnung. Wir Kommunisten antworten dem Kollegen H. O. Vetter: Die DKP als



sollen auf Teile ihrer Autonomie verzichten. Der DGB-Vorsitzende kündigte gleichzeitig eine Neuformulierung des Grundsatzprogramms und des Aktionsprogramms des DGB an. Es besteht die reale Gefahr, daß die zunächst nicht durchgedrungenen „Reformer“ im Sinne der Gleichschaltung des DGB die angekünndigten weiteren Satzungs- und Programmüberprüfungen dazu ausnutzen werden, doch noch ans Ziel zu gelangen.

Die neue Satzung bietet, trotz der genannten Mängel, eine Basis für die Entfaltung einer konsequenten, aktiven, auf die Änderung des spät-kapitalistischen Systems abzielenden Gewerkschaftspolitik. Es gilt jetzt, die notwendige Aktivität zu entfalten, um im Kampf für die berechtigten Forderungen jene Kräfte zu entwickeln und zu stärken, die für die Unabhängigkeit und Klassenverbundenheit des DGB und seiner Gewerkschaften garantieren werden.

W. Petschick/G. Siebert

Arbeiterpartei wird heute wie auch in der Zukunft alle auf die Durchsetzung der Klassenforderungen und auf die Zurückdrängung und Überwindung der Herrschaft der Monopole gerichteten Belange der Gewerkschaften voll unterstützen.

Frage: Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die Schlußfolgerung Vettters in bezug auf den DGB: „Wir müssen jedoch aus uns selbst heraus politische Konzeptionen zur Befreiung und Gleichberechtigung der Arbeitnehmerschaft, politische Modelle für die Gesellschaft von morgen entwerfen.“

Antwort: Zweifellos ist das eine Konzeption, die bei konsequenter Beachtung der Rolle der Gewerkschaften im Kampf gegen die Allmacht des Großkapitals und für die Verteidigung und den Ausbau der Arbeiterrechte von großer Bedeutung ist. Wer die Gesellschaft von morgen gestalten will, der muß heute gegen die Allmacht der Monopole und ihren ständig größer werdenden Einfluß in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft kämpfen. In diesem Sinne kommt es darauf an, nicht nur davon zu sprechen, daß man dem Regierungsentwurf für ein neues BVG den „erbitterten“ Widerstand der Gewerkschaften entgegenstellen will, sondern man muß alles tun, um Aktionen zu entwickeln, die ein fortschrittliches BVG mindestens auf der Grundlage der Vorstellungen des DGB von März 1970 kämpferisch durchsetzen helfen. Das gleiche gilt zur Verhinderung der Lohnleitlinien sowie eines „Stabilisierungspaktes“ zwischen Regierung, Unternehmern und Gewerkschaften, zumal immer deutlicher wird, daß auf den Schultern der Arbeiterschaft „stabilisiert“ werden soll.

Wir Kommunisten würden es begrüßen, wenn die Gewerkschaften klare klassenmäßig orientierte gesellschaftspolitische Konzeptionen entwickeln und für ihre Durchsetzung offensiv eintreten. Bewährte Grundsätze wie die Überführung der Schlüsselindustrien und Banken in öffentliches Eigentum und die Erkämpfung des sozialen Rechtsstaates in allen Bereichen von Wirtschaft und Staat sollten Wegmarken für die Zukunft sein. Alle Erfahrungen lehren: nur die Bereitschaft zum Kampf um die Interessen der Arbeiterklasse und die Abwehr aller Integrationsversuche werden die Position der Gewerkschaften verstärken. Der außerordentliche DGB-Kongreß hat insgesamt diese Erwartungen der Arbeiterschaft nicht zu erfüllen vermocht. Diese Aufgabe gilt es in der Zukunft kämpferisch in Angriff zu nehmen.

Vetter: „Das System ändern!“

Die Gewerkschaften müssen Kampforganisationen sein Aus der Rede Veters auf dem DGB-Kongreß

Der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter hielt auf dem außerordentlichen Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Düsseldorf ein vielbeachtetes Referat. Es ist in langen Passagen von dem Widerspruch zwischen zutreffender Analyse und inkonsequenter Schlußfolgerung gekennzeichnet (siehe dazu den Kongreßbericht, Seite 8—10). Von grundsätzlicher Bedeutung für die künftige Arbeit der DGB-Gewerkschaften ist die gesellschaftspolitische Analyse Heinz O. Veters, aus der wir die folgenden Auszüge bringen:

Fragen wir uns nach den Grundlagen der Gewerkschaftsbewegung, so stehen wir heute wie vor hundert Jahren vor demselben Tatbestand: der sozialen Unterlegenheit und Abhängigkeit des Arbeitnehmers. Er muß seine Arbeitskraft verkaufen, um den für sich selbst und seine Familie notwendigen Lebensunterhalt zu decken. Als einzelner auf sich allein gestellt ist er der Übermacht dessen ausgeliefert, der über Kapital und Eigentum an den Produktionsmitteln verfügt. Erst solidarisch und mit Hilfe gemeinsamer Aktionen vermögen wir Unterdrückung, Abhängigkeit und Ausbeutung aufzuheben. Nur kollektiv können wir der gesellschaftlichen Übermacht der Gegenseite eigene Macht entgegenstellen. Dies sind die Grundlagen des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses; sie sind bis in die Gegenwart im Prinzip unverändert.

Und auch daran hat sich bis heute nichts verändert: Seit ihrer Entstehung stehen die Gewerkschaften unter der doppelten Aufgabe,

- als Selbsthilfe- und Kampforganisation ihren Mitgliedern Schutz vor den Folgen ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Unterlegenheit zu gewähren sowie
- als politische Bewegung die gesellschaftlichen Bedingungen der Abhängigkeit und Unterprivilegierung der Arbeitnehmerschaft aufzuheben.

Beide Aufgaben — Schutz- und Gestaltungsfunktion — können und dürfen nicht voneinander getrennt werden. Wirksamer und dauerhafter Schutz ist nur möglich auf dem Weg über gesellschaftliche Veränderung. Die Gewerkschaften sind in gleicher Weise Schutzverband und politische Bewegung. Dies kann gar nicht nachdrücklich genug hervorgehoben werden. Immer wieder wird der Versuch unternommen, die Aufgaben der Gewerkschaften um den politischen Auftrag zu verkürzen. Es sei nur an das Schlagwort der Sozialpartnerschaft oder den neuerdings in Mode gekommenen Begriff der Ordnungsfunktion der Gewerkschaften erinnert. Das Ziel solcher Ideologien ist allzu durchsichtig. Man versucht, den Gewerkschaften innerhalb des bestehen-

den Systems einen festen Standort zu zeigen, um das System als solches jeglicher Veränderung zu entziehen.

Doch gleich, welche Etikettierungen sonst noch erfunden werden mögen, wir werden uns nicht an die Ketten der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse legen lassen. Nicht umsonst — und das ist kein leeres Wort — bekennt sich der Satzungsentwurf zu einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung und bemüht sich um eine Präzisierung der politischen Aufgaben des Bundes. Schon immer haben sich die Gewerkschaften als eine politische Kraft, als Motor des gesellschaftlichen Fortschritts verstanden. Daran wird und darf sich auch in Zukunft nichts ändern.

Wenn wir uns — in einem zweiten Schritt — der Frage zuwenden, welche Aufgaben sich den Gewerkschaften im einzelnen stellen, so ist dies gleichbedeutend mit der Frage nach der Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderungen.

Das bedeutet erstens: politische Ziele können sinnvoll nur formuliert werden, wenn sie auf die gesellschaftliche Wirklichkeit bezogen sind. Jeder Zielsetzung muß eine Analyse gesellschaftlicher Zusammenhänge und Entwicklungen vorausgehen...

Auf der Grundlage von Gesellschaftsanalysen sind wir imstande, unsere Ziele zu bestimmen. Dies eine scheint aber schon jetzt unausweichlich: Nach wie vor werden wir unser Augenmerk darauf richten müssen, diese Gesellschaft mit all ihren Abhängigkeiten, Zwängen, undurchsichtigen Machtverhältnissen von Grund auf zu verändern. Noch wird unsere Gesellschaft von dem Grundkonflikt aller privatkapitalistischen Ordnungen beherrscht: dem Widerspruch zwischen gesellschaftspolitischer Produktion und privater Verfügungsmacht und Aneignung.

Hüten wir uns, Ideologien zu übernehmen, die die gesellschaftliche Wirklichkeit zu verschleiern versuchen. Es ist falsch, wenn behauptet wird, die moderne industrielle Entwicklung münde zwangsläufig in einer nivellierten Mittelstandsgesellschaft. Die Anhebung des Konsumstandards

unterprivilegierter Schichten hat an den entscheidenden Herrschaftsverhältnissen und Abhängigkeiten nichts Wesentliches geändert. Lassen wir uns vom Boom der Kühlschränke und Automobile nicht blenden. Es ist nur zu offensichtlich, daß der vielfach angezeigte Konsum in einer vordergründigen Befreiung von schmerzlich empfundener Abhängigkeit die Gefahr unkritischer Anpassung heraufbeschwört. In Wirklichkeit sind wir noch weit entfernt von einer humanen Gesellschaft, die jedem wahrhaft gleiche Chancen gewährt, sich frei zu entfalten.

Ich nenne nur wenige Beispiele: Wer entscheidet — jenseits der Bereiche, in denen wir schon Mitbestimmung haben — über die Produktion, über Investitionen? Wer bestimmt letztlich den Arbeitsablauf, die Gestaltung des Arbeitsplatzes? Wer entscheidet über die Stellung und Aufstiegschancen des Arbeitnehmers im Betrieb? Noch vermitteln Eigentum und Verfügungsmacht über die Produktionsmittel so gleich Herrschaft über Menschen. Noch wird uns volle Mitbestimmung vorenthalten. Und erst die Mitbestimmung schafft die Voraussetzung für die gleichberechtigte Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte für das allgemeine Wohl...

Wem — um ein letztes Beispiel zu nennen — fließen die im Unternehmen von allen erwirtschafteten Gewinne zu? Die erschreckende Zahl über die Konzentration des privaten Produktivvermögens ist inzwischen hinlänglich bekannt. Weniger als 1 Prozent der privaten Haushalte verfügen über 90 Prozent der Aktien und Investmentzertifikate im Privatbesitz. Darüber können auch keine Verschleierungsmanöver, wie etwa der Hinweis auf die Verteilung des sonstigen Privatvermögens oder etwa auf die Höhe der Sozialversicherungsrücklagen, hinwegtäuschen. Allein das Produktivvermögen zählt; Eigenheim und Rente vermitteln keine wirtschaftliche Macht...

Denn darüber sollte Einverständnis bestehen: Wenn wir im gegenwärtigen gesellschaftlichen System Macht — und zwar Gegenmacht gegen die Vorherrschaft der Unternehmer — bilden und ausüben wollen, so allein auf dem Wege über die Bereitschaft unserer Mitglieder zu aktiver Solidarität; Ziele, die nicht zugleich von der Mitgliedschaft getragen werden, für die die Arbeitnehmerschaft sich nicht einsetzt, werden leere Formeln bleiben. Das Schicksal der Mitbestimmung beweist das: Ohne die Entschlossenheit der Metall- und Bergarbeiter im Winter 1950/51 wäre die Mitbestimmung in der Stahlindustrie wieder beseitigt und im Bergbau gar nicht erst erreicht worden. Es muß und wird uns gelingen, in anderen Bereichen ein gleiches Zeichen politischer Entschlossenheit zu setzen. (Zitiert nach „DGB-Nachrichten-Dienst“, 12. 5. 71).

„Rechtsstaat erst schaffen“

Aus der Diskussion auf dem außerordentlichen DGB-Kongreß Zu Verfassungswirklichkeit und gewerkschaftlicher Demokratie

Die Meinung der Mitgliedschaft der Gewerkschaften kam auf dem außerordentlichen DGB-Kongreß nur in wenigen Diskussionsbeiträgen zum Ausdruck. Auseinandersetzungen gab es bei der Formulierung der satzungsmäßigen Aufgabe des DGB: „Verwirklichung“ oder „Sicherung und Ausbau“ des sozialen Rechtsstaates sowie in der Frage der Ausweitung des Antragsrechtes bei DGB-Kongressen. Als einziger Betriebsrat, der überhaupt auf dem DGB-Kongreß das Wort ergriff, nahm Erich Weigel aus Backnang zu beiden Themen Stellung. Für die Aufgabe „Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates“ sprachen außerdem der hessische DGB-Landesvorsitzende Philipp Pleß, die HBV-Delegierten Christian Götz und Eichhorn sowie Hermann Rappe vom Hauptvorstand der IG Chemie. Wir bringen wesentliche Auszüge der Beiträge von Erich Weigel und Christian Götz zum Rechtsstaat:

„In der über zwanzigjährigen Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik wurde auf fast allen DGB-Kongressen und vielen Gewerkschaftstagen immer wieder auf die tiefe Kluft zwischen Grundgesetzauftrag und Verfassungswirklichkeit hingewiesen. Diese Kluft ist nicht kleiner, sondern noch größer geworden. Und

der Bundesvorstand wörtlich verlangt, daß dem Verfassungsauftrag nach Schaffung eines sozialen Rechtsstaates entsprochen wird...

Wenn wir — wie Kollege Vetter treffend feststellte — von einer ‚Verfestigung alter Machtpositionen‘ sprechen müssen, wäre es inkonsequent und auch falsch, der von der Antragskommission empfohlenen Orientierung zu folgen. Solange die Abhängigkeit der Arbeitnehmer von den Kapitalmächten noch zunimmt, solange kann für meine Begriffe von einem demokratischen Rechtsstaat nicht die Rede sein...

Ganz objektiv müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß auch unter der Regierung Brandt/Scheel die Kluft zwischen Verfassungsauftrag und Verfassungswirklichkeit nicht kleiner geworden ist. Das zeigt sich zur Zeit besonders am Regierungsentwurf für die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes. Was soll das für ein demokratischer Rechtsstaat sein, wenn nach diesem Entwurf z. B. der Ortsbevollmächtigte meiner Gewerkschaft erst bei der Konzernleitung um Genehmigung bitten muß, um mich als Betriebsratsvorsitzenden im Betrieb besuchen zu können?“

Christian Götz entwickelte für die Entscheidung über den Standort der Gewerkschaften drei Gesichtspunkte:

„1. Bei der Beschreibung ihrer Standorte müssen die Gewerkschaften von der politischen Wirklichkeit in der Bundesrepublik ausgehen. Der in wesentlichen Punkten gravierende Unterschied zwischen Verfassungsordnung und Verfassungsauftrag muß uns deutlich bewußt sein.“

Unter Bezugnahme auf das Referat von Vetter, in dem herausgearbeitet wurde, daß die letzten 100 Jahre in unserem Land an den wesentlichen Herrschaftsverhältnissen und Abhängigkeiten für die Arbeitenden nichts Entscheidendes geändert hätten, zog Götz die Schlußfolgerung: „Eine korrekt so beschriebene Ordnung können wir doch nicht nur sichern und aus-

bauen wollen. Wir müssen sie — auch das hat Kollege Vetter gesagt — grundlegend verändern!“

2. Es sei zu prüfen, wie der Text der Satzungskommission in der Öffentlichkeit wirke. Es müsse der Eindruck entstehen, „daß wir uns als Gewerkschaften insgesamt in der — für Arbeitnehmer — ungerechten Ordnung Bundesrepublik eingerichtet haben und diese Ordnung nur sichern und verbessern wollen“.

3. Die ausschlaggebende Richtschnur des DGB-Grundsatzprogramms verpflichtet dazu, eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einzuleiten: „Dieser Auftrag des Grundsatzprogramms bedeutet mit Sicherheit wesentlich mehr, als nur die heute bestehende Ordnung (die politische Wirklichkeit) zu sichern und auszubauen.“

Erich Weigel zur Ausweitung des Antragsrechtes:

„Es ist meiner Meinung nach ein Unding, daß das Antragsrecht im DGB nur den Leitungsorganen vorbehalten bleiben soll. Den höchsten demokratischen Organen auf der jeweiligen Ebene, den Gewerkschaftstagen, den Landesdelegiertenkonferenzen und den Bundes-Personengruppenkonferenzen, wird das direkte Antragsrecht nach dem Vorschlag der Antragskommission nicht zugebilligt. Das gleiche gilt auf der unteren Ebene auch für die Kreisdelegiertenkonferenzen.“

Der Aktivität der Mitglieder wird buchstäblich das Wasser abgegraben, weil sie keinen direkten Einfluß auf den Bundeskongreß und damit auf die Formulierung der gewerkschaftspolitischen Zielsetzung nehmen können. Wir leben in einer Zeit, in der alle demokratischen Kräfte in der Gesellschaft mehr Mitbestimmung, mehr Demokratie, mehr Einflußnahme in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft verlangen... Wenn wir zu Recht in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens mehr Demokratie verlangen, müssen wir sie zu allererst in unserer eigenen Organisation praktizieren, um glaubwürdig zu bleiben.“

Kanzler-Weisheit

In der Fernsehansprache Bundeskanzler Brandts zur Währungssituation erklärte dieser am 9. Mai, bei allen künftigen Entscheidungen werde er berücksichtigen, „daß unser Wohlstand auf der Leistung der Industrie, auf der Schaffenskraft aller Unternehmer und auch dem unternehmerischen Geist beruht“. (Zitat: „Die Welt“, 10. 5. 1971).

Frei nach Brecht: Die Unternehmer allein? Nehmen sie nicht wenigstens einen Bauarbeiter zuhülle?

Besser informiert durch NACHRICHTEN

Kollegen: Gerade in dieser Tatsache kommt der tiefe Klassengegensatz zum Ausdruck, der unsere Wirklichkeit bestimmt.

Mit der im Regierungsentwurf vorgeschlagenen Formulierung entsteht jedoch der Eindruck, als gäbe es jetzt schon den sozialen und demokratischen Rechtsstaat, der nur noch zu sichern und auszubauen sei. Das ist falsch. Mit einer solchen Aufgabenstellung würden wir den Deutschen Gewerkschaftsbund fehlorientieren und die Möglichkeit schaffen (für jene, die Wert darauf legen), die Satzung so auszulegen, als würde sich der DGB mit der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Situation im Grundsatze abfinden.

Als vor knapp zwei Jahren in Bonn ein Regierungswechsel stattfand, hat der DGB-Bundesvorstand in einer Erklärung an die neue Bundesregierung auf die offenkundigen Benachteiligungen der Arbeitnehmer hingewiesen, die es insbesondere auf dem Gebiet der Einkommens-, Vermögens- und Bildungspolitik sowie im Bereich der sozialen Sicherheit gibt. Zugleich hat

GEW für demokratische Schule

Lehrer-Gewerkschaft versteht sich als Kampforganisation Kontroverse: Weniger Rüstung statt „Bildungssteuer“

„Ob die Lehrer, Erzieher und Wissenschaftler, gleich welchen Status, das Streikrecht, das Recht zum kollektiven Arbeitskampf, zur kollektiven Durchsetzung ihrer berechtigten Interessen erhalten, ist keine juristische Frage mehr, sondern eine Machtfrage“, stellte auf dem Kongreß der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in der ersten Juni-Woche in Kiel deren Vorsitzender, Erich Frister, fest. Die über 500 Delegierten von rund 120 000 Mitgliedern beschlossen die Einrichtung eines Streikfonds und ergänzten die Satzung mit Streikbestimmungen und Richtlinien für Arbeitskämpfe. Damit hat diese DGB-Gewerkschaft ihre Entwicklung zur Kampforganisation forciert. Dazu diente auch der Beschluß, das Organisationsprinzip: ein Betrieb — eine Gewerkschaft durchzusetzen.

Im Mittelpunkt der Beratungen des GEW-Kongresses, der durch ungewöhnliche Diskussionsfreudigkeit gekennzeichnet war, standen naturgemäß Fragen des Bildungs- und Schulwesens. Die Vertreter der gewerkschaftlich organisierten Lehrer und Erzieher forderten die schnelle Verwirklichung einer demokratischen Schulreform, deren Kernstück die integrierte Gesamtschule sein müsse. Es gehe darum, für alle Schüler Chancengleichheit herzustellen.

In diesem Zusammenhang forderte der Kongreß die Vorschulerziehung der Kinder. Ein weiterer Beschluß verlangt die Einführung des 10. Schuljahres. Weitere Kongreßbeschlüsse forderten die einheitliche Lehrerausbildung, die Mitbestimmung von Lehrern, Schülern und Eltern in der Schule, die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes, um nur einige zu nennen.

Wissenschaftsminister Prof. Leussink, der zum Thema „Bildungsplan für die Bundesrepublik Deutschland“ sprach, erregte den Unwillen zahlreicher Delegierter, indem er deutlich machte, daß in den nächsten Jahren, vor 1975, nicht an Maßnahmen in Richtung auf eine Reform des Bildungswesens zu denken sei. Wo die hemmenden Kräfte sitzen, auf die auch die gegenwärtige Bundesregierung Rücksicht zu nehmen gedenkt, verdeutlichte im richtigen Moment das sogenannte „Kuratorium der deutschen Wirtschaft für Berufsbildung“, das am 4. Juni in Köln, während der GEW-Kongreß in Kiel tagte, abermals vor der Einführung der integrierten Gesamtschule warnte. Dem Kuratorium gehören die Spitzenverbände der Industrie, des Handels und des Handwerks an.

Ein Delegierter kritisierte Leussink wegen zu großer Rücksichtnahme auf die konservativen bildungspolitischen Vorstellungen der CDU/CSU. Umarmungstaktik sei fehl am Platze. Mehrere Diskussionssprecher forderten den Minister auf, „die Fortsetzung der Großen Koalition in der Bildungspolitik endlich zu beenden“.

In der Antragsberatung rückte die Frage nach der Finanzierung der notwendigen Reformen im Bereich von Bildung und Weiterbildung sehr bald in den Mittelpunkt. Dabei standen sich, gestützt auf entsprechende Anträge und Dringlichkeitsanträge, zwei Auffassungen gegenüber: Finanzierung der Aufgaben durch die Erhebung einer besonderen Bildungssteuer oder durch Umverteilung des laufenden Steueraufkommens, insbesondere Senkung der Rüstungsausgaben?

Leussink hatte in seinem Referat „finanzielle Opfer, zu deutsch: Konsumverzicht“ der arbeitenden Bevölkerung als „unumgänglich“ bezeichnet. Ausgerechnet der GEW-Hauptauschuß (offenbar auf Initiative Fristers, der bereits in seinem Rechenschaftsbericht entsprechende Töne anschlug) machte sich zum Wegbereiter dieser Bonner Konzeption und legte einen Dringlichkeitsantrag vor, in dem es heißt: „Um den bis 1980 notwendigen Anstieg der staatlichen Ausgaben zu finanzieren, ist sowohl eine höhere öffentliche Verschuldung als auch eine Erhöhung der Steuern nötig.“

Dieser Antrag, der im übrigen auf zutreffende Analysen der Situation und daneben richtige Maßnahmen zu ihrer Überwindung formuliert, zog weitere Dringlichkeitsanträge nach sich, in denen eine Bildungssteuer und stärkere Besteuerungen schlechthin abgelehnt werden bzw. die Umverteilung der vorhandenen Mittel, die „vor allem den Verteidigungshaushalt betreffen“ müsse, verlangt wird. Obgleich ein Delegierter davor warnte, mit der Forderung nach Steuererhöhung „gewerkschaftliche Traditionen zu verlassen“, entschied sich der Kongreß gegen eine starke Minderheit für die Bildungssteuer.

Vor Abschluß des Kongresses verlas der Delegierte Haase eine von 59 Delegierten unterzeichnete Erklärung zu diesem Beschluß, in der sie sich scharf davon distanzieren:

„Die hier unterzeichneten Delegierten halten den Beschluß über die Finanzierung der Bildungsreform durch eine

allgemeine Steuererhöhung grundsätzlich für falsch, auch wenn eine Mehrheit so beschlossen hat. Die Kosten für die Reformen würden hierdurch den Arbeitnehmern aufgebürdet. Die GEW wendet sich mit dem Beschluß gegen die Interessen der großen Masse der arbeitenden Bevölkerung, dem entscheidenden Verbündeten im Kampf für die Verteidigung und Durchsetzung der Ausbildungsinteressen. Ohne die Unterstützung durch die Mitglieder der anderen Gewerkschaften wird die GEW nicht in der Lage sein, die Bildungsreform in ihrem Sinne durchzusetzen. Die GEW ist in der Gefahr, sich zu den anderen Gewerkschaften in Gegensatz zu bringen. Die Unterzeichner werden über diese Fragen die Diskussion in der GEW fortsetzen.“

Das Einschwenken der GEW-Führung und Delegiertenmehrheit auf Bonner Positionen zeigte sich auch in der Ablehnung eines von der Antragskommission zur Annahme empfohlenen Antrags, der die Freistellung der Lehrer vom Wehrdienst forderte. Ein anderer Beschluß fordert „grundsätzlich“ die Berücksichtigung von Westberliner GEW-Mitgliedern in Delegationen bei der Pflege von Ostkontakten. Auffallend war auch der fast gänzliche Verzicht in den Referaten auf Kritik an konkreten Maßnahmen dieser Bundesregierung, die nahezu völlige Ausklammerung von Fragen der allgemeinen Politik, der aktuellen Sozial-, Wirtschafts- und Währungsfragen, die zur Zeit Millionen Gewerkschafter bewegen. So gerieten große Strecken des Kongreßverlaufs, Beschlüsse und auch Diskussionsreden oft in Gefahr, die Beziehung zum aktuellen Geschehen und zur tagespolitischen Praxis zu verlieren.

Wie sehr alle im Bildungsbereich Tätigen und Interessierten gerade von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft den konsequenten Einsatz für die Überwindung der Bildungsmisere erwarten und zur Zusammenarbeit bereit sind, wird u. a. durch die Solidaritätsadressen der Bundesassistentenkonferenz (BAK) und des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) unterstrichen. Vertreter beider Organisationen erklärten auf dem Kongreß ihren Wunsch nach enger Zusammenarbeit mit der GEW. Die BAK hat ihren Mitgliedern sogar den Eintritt in die GEW empfohlen. Der mit großem Vertrauensbeweis wiedergewählte GEW-Vorsitzende Frister forderte die Bundesregierung auf, dem VDS wieder öffentliche Mittel zur Verfügung zu stellen.

Was mehrere Delegierte in der Aussprache betonten, wird für den Erfolg der gewerkschaftlichen Arbeit ausschlaggebend sein: Lehrer, Erzieher und Wissenschaftler müssen mit Arbeitern, Angestellten, Schülern und Studenten eng zusammenarbeiten; nur so wird die Demokratie im Bildungswesen einziehen können. G. S.

Jugendkonferenz der DKP

850 junge Kommunisten berieten am 8. Mai auf der ersten Jugendkonferenz der DKP in Hannover in drei Arbeitsgemeinschaften, wie sich die DKP noch besser der Jugend als die Partei mit einer wissenschaftlichen Alternative zum spätkapitalistischen Gesellschaftssystem der Bundesrepublik bekannt machen kann. In den Diskussionsbeiträgen in der Arbeitsgemeinschaft 1 — Rolle der Jugend im Klassenkampf — wurde immer wieder herausgearbeitet, daß es die Monopole sind, die der Jugend eine bessere Ausbildung und Bildung, die Mitbestimmung und eine sinnvolle Freizeit verwehren, ja das Recht der Jugend auf ein Leben in Frieden gefährden.

Die arbeiter- und jugendfeindlichen Entwürfe für ein neues Betriebsverfassungsgesetz, das reaktionäre, auf die Profitinteressen des Großkapitals orientierte Berufsausbildungssystem sowie die Verweigerung eines ausreichenden Lohns für die arbeitende Jugend standen im Mittelpunkt der Diskussion. Es wurde betont, daß der Regierungsentwurf für ein neues BetrVG sowie der Entwurf der CDU/CSU vom Tisch müssen. Diese Entwürfe seien Teile eines sogenannten Reformprogramms, das von den Herrschenden für die ganze Gesellschaft entworfen ist, um das System zu stabilisieren und aus Betrieben und Ausbildungsstätten, Hochschulen und Schulen Erziehungsanstalten für die Interessen des Monopolkapitals und für die Erhaltung des Ausbeutungssystems zu machen.

Diesem Bestreben stehen die Forderungen der DKP und der Gewerkschaften nach echten Reformen entgegen, die der Arbeiterklasse und ihrer Jugend wirksame Mitbestimmung garantieren und die Macht der Monopole einschränken. Es komme jetzt darauf an, machtvolle Aktionen in den Betrieben und Städten gegen den Regierungsentwurf des BetrVG durchzuführen. In diesem Zusammenhang wurde die Protestveranstaltung der Betriebsjugendvertreter, die auf Initiative des Bundesjugendausschusses des DGB am 19. und 20. September 1971 in Bonn stattfinden soll, begrüßt.

Die Jugendkonferenz der DKP verabschiedete einen Appell an die Jugend der Bundesrepublik. Darin heißt es u. a.: „Wir jungen Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei, junge Arbeiterinnen und Arbeiter, Lehrlinge und Angestellte, Schüler und Studenten, wenden uns an unsere Kollegen. Wir wenden uns an alle, die heute eintreten:

- Für mehr Rechte der jungen Generation, Mitbestimmung und gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

- Gegen Ausbeutung und Unterdrückung.
- Für die Beendigung der US-Aggression gegen die Völker Indochinas.
- Gegen Imperialismus, Kolonialismus, Faschismus.
- Für Frieden und europäische Sicherheit, für die Ratifizierung und Verwirklichung der Verträge von Moskau und Warschau.

Post-Jugend will Aktionen

160 Delegierte waren zur 10. Bundesjugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) vom 20. bis zum 22. Mai 1971 in der Köln-Mülheimer Stadthalle zusammengekommen. Sie vertraten 67 000 junge Gewerkschaftskollegen.

Die Delegierten wandten sich gegen „die an der ‚Partnerschaftsideologie‘ orientierte Praxis in der DPG“. Sie „unterstützen den Hauptvorstand der DPG auf das entschiedenste in seinem Kampf um die Einführung der gewerkschaftlichen Mitbestimmungsvorschläge“ und „verurteilen gleichzeitig das Verhalten der Regierung sowie des ehemaligen Gewerkschaftsvorsitzenden, z. Z. Minister für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen, Georg Leber“. Damit sprachen die Delegierten vor allem den Auftritt Lebers auf dem letztjährigen außerordentlichen Kongreß der DPG in Kassel an, wo Leber kategorisch sämtliche Bestrebungen abgelehnt hatte, bei der Deutschen Bundespost die paritätische Mitbestimmung einzuführen (s. NACHRICHTEN 11/70, S. 13). In einem weiteren Beschluß wird die Forderung nach der „Vergesellschaftung von Produktionsmitteln“ erhoben.

Im Mittelpunkt der Konferenz standen jedoch Probleme der Berufsausbildung der Bundespost, ein Zeichen für das wachsende Unbehagen bei den jungen Postlern. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Erich Frister, und der 2. Vorsitzende der DPG, Gustav Fehrenbach, referierten zum Thema Bildung. Eine Reihe von Beschlüssen beschäftigt sich ebenfalls mit diesem Problem.

Ein anderes Thema sprach der bisherige Bundesjugendsekretär der DPG, Horst Krüger, an: „Die Gewerkschaftsjugend ist kein Kindergarten der Gesamtorganisation.“ Folgerichtig fand der nur wenige Tage zuvor statt-

- Gegen Neonazismus und Rechtsgefahr, gegen Revanchismus und Militarismus.

Unsere Partei, die DKP, stand und steht fest und solidarisch an der Seite der fortschrittlichen Jugend. Nicht als Partei der großen Worte, sondern als Partei der Aktion. Wir sagen klar und unmißverständlich, wie und gegen wen die Forderungen der Jugend durchgesetzt werden müssen:

Im gemeinsamen Kampf aller, der Arbeiter, Schüler und Studenten gegen die Reichsten der Reichen, gegen die Herren der Konzerne und Banken, gegen das Großkapital. Dieser Kampf ist Klassenkampf!“ Pr.

gefundene außerordentliche DGB-Kongreß heftige Kritik bei den Delegierten: Nur fünf der dort Vertretenen waren unter dreißig Jahre alt. Die jungen Gewerkschafter fordern mehr Einflußmöglichkeiten in ihrer Organisation, z. B. Vertreter der Jugend bei Tarifverhandlungen.

Die Konferenz verabschiedete wichtige politische Anträge. So wurden die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, der Ausschuß der Deutschen Jugend des Ostens (DJO) aus dem Bundesjugendring, Kontakte zum FDGB und zu den Gewerkschaften anderer sozialistischer Staaten, Umweltschutz, Verbot von rechtsradikalen Gruppierungen, Kürzung der Wehrpflicht auf 12 Monate, Freiheit für Angela Davis und Bobby Seale gefordert. Der Hauptvorstand der DPG wurde aufgefordert, sich gegen die konzertierte Aktion auszusprechen. Außerdem wurde er beauftragt, dafür zu sorgen, daß Postbedienstete nicht gegen ihren Willen Arbeiten im Rahmen der Notstandsgesetze verrichten müssen (z. B. Abhöranlagen installieren).

Die Konferenz orientierte auf die Aktion: Der DGB und alle Einzelgewerkschaften wurden aufgefordert, einen Sternmarsch nach Bonn zu organisieren, um wirksame Maßnahmen gegen den Betriebsverfassungsgesetzesentwurf einzuleiten: „Der Novellierungsvorschlag der Bundesregierung bedeutet eine Herausforderung aller kämpfbewußten Gewerkschafter.“

Und: „Die DPG wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß der DGB-Bundesvorstand auf Bundesebene zum Streik aller Auszubildenden aufrufen soll, damit erreicht wird, daß die jahrelang erhobenen Forderungen der Gewerkschaftsjugend mehr Nachdruck erhalten.“ Wolfgang Bartels

Jugend kontra Monopole

Großer Jugendkongreß der Solidarität in Recklinghausen

„Der Hauptfeind — das sind: die Reichsten der Reichen. Die Besitzer und Kommandeure der großen Konzerne und Banken. Die mit ihren Milliarden Politik machen und die dafür ihre Strauss, Guttenberg und Pohle haben. Kurzum: die Monopole.“ Gegen die Großkonzerne — das war die Stoßrichtung des Kongresses „Arbeiterjugend kontra Monopole“ am 22. und 23. Mai 1971 in Recklinghausen, wie schon aus dem von über 1200 Betriebsjugendvertretern und Gewerkschaftsjugendfunktionären unterzeichneten Aufruf hervorging.

850 Delegierte, gewählte Vertreter von einer halben Million Lehrlingen und Jungarbeitern, waren aus Lehrwerkstätten, Betrieben und Berufsschulen mit dem Mandat ihrer Kollegen zum Kongreß gekommen. In Recklinghausen stellten sie sich als sachkundige und entschlossene Interessenvertreter der Arbeiterjugend. Stürmischen Beifall gab es, als Michael Gerber (Vorsitzender des Ortsjugendausschusses der IG Metall in Hamburg) in seinem einleitenden Referat aufforderte: „Kämpfen wir gemeinsam für die Durchsetzung einer demokratischen Berufsausbildung, für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterjugend, für ein demokratisches Betriebsverfassungsgesetz und für drastische Erhöhung des Lehrlingsentgeltes und der Jungarbeiterentlohnung. Machen wir den Unternehmern Dampf! Stützen wir heute den Profitgeiern die Flügel, morgen werden wir sie dann vom Sockel stürzen.“

Starke Beachtung fand der Kongreß unter der organisierten Arbeiterjugend. Zu den Aufrufern gehörten die SDAJ, die Naturfreundejugend-Landesverbände Rheinland, Baden, Württemberg und Saar sowie zahlreiche Kreis- und Ortsjugendausschüsse der Gewerkschaftsjugend. Grußtelegramme gingen dem Kongreß u. a. von der 10. Bundesjugendkonferenz der Deutschen Post-Gewerkschaft und einer Kompanie des 4. Versorgungsbataillons der Bundeswehr in Kassel zu.

Lebhaft diskutierten die Delegierten (174 Diskussionsredner) in fünf Arbeitskreisen. Die Schwerpunkte:

- Kampf der Arbeiterjugend für bessere Berufsausbildung und Mitbestimmung.
- Notwendigkeit und Möglichkeit des gemeinsamen Kampfes der Arbeiterjugend gegen die Macht der Monopole.
- Kampf um soziale Rechte und bessere Entlohnung.
- Situation der jungen Mädchen im Betrieb — ihr Kampf als Bestandteil des Kampfes der Arbeiterjugend.
- Internationale Zusammenarbeit der Arbeiterjugend — gegen die inter-

nationale Machtkonzentration der Monopole.

Im Anschluß an die Diskussion gingen die Delegierten mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit. Tausende kamen zur gemeinsamen Demonstration — unter ihnen auch 1000 Mitglieder des am Vortage gegründeten marxistischen Studentenbundes Spartakus — durch Recklinghäuser Arbeitersiedlungen. Auf der Abschlußkundgebung riefen Gisela Holzmüller (Landesjugendleiterin der Naturfreundejugend Rheinland), Rolf Jürgen Priemer (Bundesvorsitzender der SDAJ)

und Christoph Strawe (Bundesvorsitzender des Marxistischen Studentenbundes Spartakus) die arbeitende und lernende Jugend auf, den Kampf gegen das organisierte Großkapital einig und geschlossen zu führen.

Nach der Kundgebung ging es im Saal weiter: Lehrlingszeitungen, das Jugendmagazin „elan“ und die Landesjugendpresse NRW hatten zum Lehrlingsball geladen. Unter lebhaftem Beifall erklärte Ulrich Sander, Chefredakteur des „elan“: „Arbeiterjugend kontra Monopole — das heißt auch: Arbeiterjugend kontra Presse-monopole, kontra Springer, Nannen, Löwenthal.“

In der Plenumsdiskussion am zweiten Kongreßtag richteten sich die Delegierten mit besonderer Schärfe gegen den reaktionären Entwurf für ein neues Betriebsverfassungsgesetz der Bundesregierung. Einmütig versprachen sie den Herrschenden einen heißen Sommer und einen heißen Herbst. Und das heißt im Klartext: Aktions-einheit der Arbeiterjugend gegen den Regierungsentwurf zum BetrVG, für den Entwurf des DGB!

Hans-Jörg Hennecke

IG Metall: Mehr Sicherheit

Die IG Metall veranstaltete am 25. und 26. Mai 1971 in Kassel eine Tagung zu Fragen der Arbeitssicherheit, an der 260 Vertreter, vorwiegend aus den Ortsverwaltungen und Betrieben teilnahmen. Die auf 2,7 Millionen gestiegene Zahl von meldepflichtigen Unfällen am Arbeitsplatz und Fällen von Berufskrankheiten im vergangenen Jahr zeigen, wie notwendig es ist, daß sich die Gewerkschaften stärker damit beschäftigen.

Allein im Bereich der IG Metall waren 1969 — für 1970 fehlen noch detaillierte Angaben — 750 000 meldepflichtige Arbeitsunfälle, davon 16 000 mit Invaliditätsfolgen und 1034 mit tödlichem Ausgang, zu beklagen. Danach wird bei rund 4 Millionen Beschäftigten etwa jeder fünfte Arbeiter und Angestellte in der Metallindustrie von einem Arbeitsunfall betroffen; arbeitstäglich starben vier Arbeiter an den Folgen eines Arbeitsunfalls und 64 wurden zu Krüppeln.

Unmut herrschte bei zahlreichen Teilnehmern der Tagung, daß das zuständige Vorstandsmitglied der IG Metall, Olaf Radke, nicht die wahren Ursachen dieses hohen Blutzolls der Arbeiterklasse aufgedeckt hat. Der Ortsbevollmächtigte der IG Metall in Bretten, Holler, kritisierte Radke und bezeichnete den ständig steigenden Leistungsdruck sowie die Tatsache, daß nicht der Mensch, sondern der Profit im Mittelpunkt des kapitalistischen Betriebes steht, als Hauptursachen der Unfallhäufigkeit. Er verlangte, dem Kampf für eine Verbesserung der Arbeitssicherheit eine gesellschaftspolitische Zielrich-

tung zu geben und mit Systemkritik zu verbinden.

Unter dem Eindruck dieser Meinungen mußte auch Radke in seinem Schlußwort ebenfalls feststellen, daß für die Eigentümer von Produktionsmitteln die Arbeit eine Kostenstelle der Betriebskalkulation bleibe sowie Arbeitssicherheit und Unfallchutz nur einen geringen Stellenwert in dieser Kalkulation hätten. Ansonsten blieb Radke, wie auch andere Sprecher des Vorstandes, auf Regierungskurs.

Insbesondere durch das Referat des Unterabteilungsleiters vom Bundesministerium, Georg Kliesch, entstand der Eindruck, als wolle sich die SPD/FDP-Koalition voll und ganz für die Interessen der Arbeiter einsetzen. Bis auf die Vorlage eines Unfallverhütungsberichtes ist jedoch in der fast zweijährigen Amtszeit der Regierung Brandt auch auf diesem Gebiet nichts Wesentliches geschehen. Im Gegenteil drohen die erforderlichen Mittel für den Ausbau der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung im Zuge der „Stabilisierungsmaßnahmen“ dem Rotstift des Superministers Schil-

Versicherung für Selbständige?

Einrichtung, allein auf Rechnung der Selbständigen, geschehen.

CDU/CSU will Arbeiter- und Angestelltenversicherung mit Rentenzahlung für Selbständige belasten

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einen Gesetzentwurf im Bundestag eingebracht, der Selbständigen einschließlich der freien Berufe die Möglichkeit verschaffen soll, sich ab 1. Januar 1972 freiwillig in der gesetzlichen Rentenversicherung zu versichern. Mit dieser Gesetzesvorlage ist die CDU/CSU der Bundesregierung zuvorgekommen, die ihrerseits ebenfalls einen Entwurf angekündigt hatte, der die gesetzliche Rentenversicherung den Selbständigen und Hausfrauen öffnen soll (siehe „Hausfrauenrente ungenügend“ NA 4/70). Es ist bezeichnend, daß die CDU/CSU zunächst nur für die Selbständigen initiativ geworden ist und eine Vorlage zur Hausfrauenrente auf später verlagert hat.

ler zum Opfer zu fallen. Bei einem jährlichen Aufwand von rund 10 Milliarden DM für die Unfallkosten wäre es, wie es in einer angenommenen Entschließung heißt, „unverantwortlich“, die wenigen vorgesehenen Millionen für den Arbeitsschutz nicht auszugeben.

Weiter erhob die Tagung der IG Metall die Forderung, daß die Unternehmer die Unfallzahlen ihrer Betriebe künftig veröffentlichen. Es sei „ein unerträglicher Zustand, daß die Unfallziffern als Betriebsgeheimnis gehütet werden“. Von der Bundesregierung wurde verlangt, daß noch in dieser Legislaturperiode ein Gesetz über den Ausbau des Arbeitsschutzes in Kraft tritt. Darin soll u. a. für Unternehmen die Verpflichtung enthalten sein, mehr sicherheitstechnische Fachkräfte und Betriebsärzte einzustellen.

Mehrere Diskussionsredner verlangten die Unabhängigkeit der Betriebsärzte von den jeweiligen Unternehmern, damit sie sich voll und ganz für die Gesundheit der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben einsetzen können. Ferner wurde gefordert, daß künftig alle Arbeitsunfälle registriert werden. Bei der oben angegebenen Zahl sind nur die Unfälle berücksichtigt, die einen Arbeitsunfall von mehr als drei Tagen zur Folge hatten.

Die IG Metall will in allen Verwaltungsstellen Arbeitskreise für Arbeitssicherheit (gegenwärtig bestehen nur in 80 von 183 Verwaltungsstellen diese Arbeitskreise) und auch auf der Ebene des Bezirkes Beratungskommissionen bilden. Die Arbeitskreise sollen stärker als bisher den Sicherheitsbeauftragten in den Betrieben und den zuständigen Mitgliedern der Betriebsräte Anleitung und Aufklärung vermitteln. Einer der Schwerpunkte sei der „sichere Arbeitsplatz“. Es müsse mit der Praxis Schluß gemacht werden, sicherheitswidrige Zustände durch Geld, in Form von Gefahrenduzungen, auszugleichen. W. P.

Der DGB hat jede Einbeziehung der Selbständigen, und das heißt auch eines Teils der Unternehmer, in die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten abgelehnt, weil — wie bei der Handwerks-Versicherung — die soziale Absicherung zu Lasten der Arbeiter und Angestellten gehen würde. Hans Katzer, ehemaliger CDU-Bundesarbeitsminister, hat zwar erklärt, die Öffnung der Rentenversicherung für Selbständige würde Überschüsse ergeben. Das aber ist eine Milchmädchenrechnung, zumal nach dem Willen der CDU/CSU ältere Selbständige durch das Recht auf Nachentrichtung von Beiträgen, eine Reihe von Erleichterungen bei der Beitragsentrichtung und für die Anrechnung von Kriegs- und Ausbildungszeiten schon ein Rentenanspruch ohne entsprechend an der Finanzierung beigetragen zu haben, vorzeitig eingeräumt werden soll.

Nicht ungeschickt, aber demagogisch hat die CDU/CSU ihren Gesetzentwurf für das Einschmuggeln der Selbständigen in die Rentenversicherung mit Erleichterungen bei der Anrechnung beitragsfreier, insbesondere Kriegs- und Ausbildungszeiten auch für die Arbeiter und Angestellten gekoppelt. In den zwanzig Jahren, da die CDU/CSU die führende Regierungspartei in Bonn war, hat ihre Bundestagsfraktion die auf eine solche Verbesserung zielenden Forderungen der Gewerkschaften und Sozialverbände beharrlich abgelehnt.

Doch auf diesen Leim werden die Arbeiter und Angestellten nicht kriechen. Vor Jahren noch hat die CDU/CSU jede Forderung nach Ausweitung der gesetzlichen Sozialversicherung — so die Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze für Angestellte — als Vermassung, Kollektivismus und Zwangsversicherung diffamiert, durch die „Freiheit und Eigenverantwortung“ des Individuums beeinträchtigt würden. Wenn nun die CDU/CSU nach den potentiellen Wählerschichten aus dem Mittelstand schießt, auch für Selbständige eine gesetzliche Altersversorgung fordert, dann muß das, getrennt von der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten, in Form einer selbständigen gesonderten

Dieses Problem hat auch einen nicht zu übersehenden gesellschaftspolitischen Aspekt. Die gesetzliche Rentenversicherung ist eine Einrichtung der Arbeiter und Angestellten. Der DGB fordert daher in seinem Grundsatzprogramm die volle Selbstverwaltung der Arbeitnehmer. Mit einer Verwirklichung des CDU/CSU-Gesetzentwurfes würde diese Forderung faktisch unterlaufen und die Rentenversicherung zu einer sozialpartnerschaftlichen Einrichtung gemacht.

Geht man von den sozialen Prioritäten aus, gibt es weitaus Dringenderes als eine gesetzliche Rentenversicherung für die sogenannten Selbständigen. Zahlreiche Forderungen der Gewerkschaften zur Verbesserung der Sozialrenten stehen noch offen, so z. B. die Sicherung einer ausreichenden Mindestrente, Erhöhung der Altersrente auf mindestens 75 Prozent des Arbeitsverdienstes, Aktualisierung der Rentenanpassung, Anrechnung aller, auch der vor 1924 entrichteten Beiträge.

Mit der Realisierung dieser Forderungen könnte die große Zahl der unzulänglichen Renten auf einen Stand gebracht werden, der ihren Beziehern die Möglichkeit gibt, ohne Sozialhilfe zu leben, und der den Artikel des Grundgesetzes, in dem so erhaben von der „Würde des Menschen“ geschrieben wird, auch für sie anwendbar erscheinen läßt. A. B.

Fast eine Million junge Gewerkschafter

Wie der Deutsche Gewerkschaftsbund im Mai mitteilte, gehörten am 31. Dezember 1970 den DGB-Gewerkschaften 988 845 jugendliche Mitglieder unter 25 Jahren an. Die Zunahme betrug 1970 bei den einzelnen Gewerkschaften unterschiedlich zwischen 5 und 20 Prozent. Nur bei der IG Bergbau und Energie und der Gewerkschaft Nahrung - Genuß - Gaststätten gab es einen leichten Rückgang. Weiter stellt der DGB fest: „Die Zunahme an jugendlichen Mitgliedern der DGB-Gewerkschaften hielt auch im ersten Quartal 1971 aufgrund der Aktivitäten zum ‚Jahr des jungen Arbeitnehmers‘ an. Damit hat sich die Mitgliederstruktur der Gewerkschaften des DGB insgesamt verjüngt.“

In diesem Zusammenhang muß an die unverwertbare Unterrepräsentation der Gewerkschaftsjugend auf dem außerordentlichen DGB-Kongreß in Düsseldorf erinnert werden, wo nur 5 von 430 Delegierten jünger als 30 Jahre waren. Eine derartige Ignorierung der Jugend ist beileibe kein Ansporn, den Gewerkschaften beizutreten.

Marsch auf Bonn gegen BetrVG

**Gewerkschafter fordern aktiven Kampf gegen Regierungsentwurf
In Göttingen riefen DGB, SPD und DKP zur Demonstration auf**

Die Zeit der Ermahnungen und Bitten um Berücksichtigung der DGB-Forderungen zum Betriebsverfassungsgesetz ist vorbei. Immer mehr Gewerkschaftsorganisationen fordern wirksame Protest- und Kampfmaßnahmen — vom Marsch auf Bonn bis zum Streik — gegen den reaktionären BetrVG-Entwurf der Bundesregierung, der bereits in erster Lesung vom Bundestag behandelt wurde und im Herbst verabschiedet werden soll. Die Zeit drängt. Nicht nur Bundesregierung und Parlament müssen mit Druckmaßnahmen veranlaßt werden, die DGB-Forderungen vom Frühjahr 1970 zu berücksichtigen, auch der DGB-Bundesvorstand selbst muß bewegt werden, nicht aus falschverstandener Loyalität zu den sozialdemokratischen Kabinettsmitgliedern auf deren Konzeption einzuschwenken.

Anlaß zu dieser Besorgnis gibt die Äußerung des stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Gerd Muhr in einem Gespräch auf dem außerordentlichen DGB-Kongreß mit einem NACHRICHTEN-Redakteur, daß man in der Regierungs-Novelle auch die Verbesserungen sehen müsse. Der DGB habe nicht die Absicht, falls seine Forderungen zum BetrVG nicht berücksichtigt würden, die Regierung aufzufordern, ihren Entwurf zurückzuziehen. Man dürfe „wegen der 10 Prozent Unzulänglichkeiten nicht die 90 Prozent Erfolge“ übersehen. Zuvor hatte schon auf einer Veranstaltung seiner Gewerkschaft in Hamburg das IG-Metall-Vorstandsmitglied Olaf Radke den Bonner BetrVG-Entwurf als einen Fortschritt im Vergleich zum geltenden Recht hingestellt.

Das sind neue, bedenkliche Töne, die erheblich von der Feststellung des DGB-Bundesausschusses Anfang Dezember 1970 abweichen, daß dem Bonner Entwurf der „erbitterte Widerstand“ der Gewerkschaften entgegengesetzt werden müsse. Und Olaf Radke hatte im „Gewerkschafter“ (Januar 1971) in einer Reihe von wesentlichen Bestimmungen sogar Verschlechterungen gegenüber dem geltenden, von den Gewerkschaften seit fast 20 Jahren bekämpften BetrVG nachgewiesen.

In den Organen des DGB und den Gewerkschaften denkt man über den Regierungsentwurf zum BetrVG anders: So stellte Mitte Mai der außerordentliche DGB-Kongreß in Düsseldorf fest, daß die bisherigen Entwürfe „in wesentlichen Punkten den berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer nicht gerecht“ werden und forderte „eine moderne und fortschrittliche Betriebsverfassung“.

Der Bundesjugendausschuß des DGB hat auf seiner Sitzung im Mai beschlossen, am 19. und 20. September 1971 in Bonn eine Protestaktion der Betriebsjugendvertreter gegen den BetrVG-Entwurf durchzuführen. Daran sollen etwa 1500 Betriebsjugendvertreter aus der gesamten Bundes-

republik teilnehmen. Die Bundesjugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft forderte Ende Mai in Köln den DGB und die Einzelgewerkschaften auf, einen Sternmarsch nach Bonn zu unternehmen, um den Protest der Gewerkschafter gegen die unzureichenden Bestimmungen des Regierungsentwurfs auszudrücken. „Der Novellierungsvorschlag der Bundesregierung bedeutet eine Herausforderung aller kampfbewußten Gewerkschafter.“

Die gleiche Forderung, einen „Marsch auf Bonn“ vorzunehmen, erhoben die Delegierten von 35 000 Mitgliedern der IG Druck und Papier in Nordrhein-Westfalen auf ihrem Landesbezirkstag in Hagen. Der Entwurf der Bundesregierung zum BetrVG sei unannehmbar. Der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, erklärte, die „wesentlichen und grundsätzlichen gewerkschaftlichen Reformvorstellungen“ seien nicht mit den üblichen Mitteln der Tarifpolitik, sondern nur mit einem größeren politischen Engagement zu verwirklichen.

Zu einer nachdrücklichen Protestveranstaltung gegen den reaktionären Bonner Entwurf kam es am 3. Juni in Göttingen. Entsprechend dem Beschluß einer Funktionärsversammlung der DGB-Kreise Göttingen und Hannoversch-Münden demonstrierten über 1000 Arbeiter, Lehrlinge und Studenten — Parteilose, Sozialdemokraten und Kommunisten — gegen den BetrVG-Entwurf. Auf der abschließenden Kundgebung legten die Redner den reaktionären, gewerkschaftsfeindlichen Inhalt des SPD/FDP-Entwurfs dar und entwickelten die Forderungen der Arbeiter und Angestellten für ein demokratisches Betriebsverfassungsgesetz.

Diese Forderungen standen auch auf den mitgeführten Transparenten und wurden in Sprechchören gerufen: „Gegen Sozialpartnerschaft — Gewerkschaften raus aus der konzentrierten Aktion!“, „Weg mit der Schweigepflicht für Betriebsräte!“, „Für freie politische und gewerk-

schaffliche Betätigung im Betrieb. In einer Resolution der Funktionärsversammlung beider DGB-Kreise wurden Kampfmaßnahmen, einschließlich Streiks, gefordert: „Wir protestieren gegen diesen Gesetzentwurf, ohne die gegenwärtigen politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik zu verkennen. Deshalb fordern wir alle im DGB vereinten Gewerkschaften auf:

■ ihre Mitglieder über den gesellschaftspolitisch reaktionären Charakter dieses Entwurfs aufzuklären;

■ alle in Frage kommenden Maßnahmen zur Verhinderung dieses Gesetzes vorzubereiten, Streiks mit allen Konsequenzen zu unterstützen, d. h. zu legalisieren;

■ ihre Vertrauensleute-Arbeit zu intensivieren, um für eine gewerkschaftspolitische Vertretung in den Unternehmen zu sorgen, die nicht der Friedenspflicht unterliegt.“

Die Protestaktion in Göttingen erhielt ihr besonderes Gewicht dadurch, daß neben dem DGB auch der Ortsverein der SPD und der Kreisvorstand der DKP ihre Mitglieder und die Arbeiterschaft aufforderten, an Demonstration und Kundgebung teilzunehmen. Eine Erklärung des SPD-Ortsvereins stellt fest, daß 1952 die SPD-Bundestagsfraktion den damals von der Adenauer-Regierung vorgelegten Gesetzentwurf für das geltende BetrVG bekämpft habe. „Es ist daher unbegreiflich, daß die SPD-Mitglieder der heutigen Bundesregierung einem Gesetzentwurf zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes zustimmen, der an den Grundstrukturen des Gesetzes nichts ändert.“

Das Göttinger Beispiel weist den richtigen Weg für den erfolgreichen Kampf der Arbeiter und Angestellten für eine demokratische und sozial fortschrittliche Betriebsverfassung; das Zusammenwirken aller Gewerkschafter, der sozialdemokratischen und der kommunistischen. Die gemeinsame Protestkundgebung und Demonstration in Göttingen hat aber auch ein wiederholtes Mal die Unhaltbarkeit und Arbeiterfeindlichkeit des Antikommunismus-Beschlusses der sozialdemokratischen Parteiführung offenkundig gemacht. Es kommt jetzt darauf an, überall in den Städten der Bundesrepublik nach dem Beispiel von Göttingen dafür einzutreten, daß ein neues Betriebsverfassungsgesetz den ungehinderten Zugang der Gewerkschaften zum Betrieb, gewerkschaftliche und politische Betätigung der Betriebsratsmitglieder, echte Mitbestimmung in sozialen, personellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten sowie die Solidarität von Arbeitern und Angestellten garantiert bzw. ermöglicht.

G. Siebert

Bei Conti riß der Geduldsfaden

Streik der Handwerker erzwingt Zugeständnisse NACHRICHTEN-Reportage über Konflikt bei Conti

Wirtschaftsminister Schiller verkündete sein „Stabilitätsprogramm“ zu Lasten der Arbeiterschaft, Bundeskanzler Brandt appellierte an die Gewerkschaften, in der Lohnpolitik „vernünftig“ zu sein, und die Unternehmerverbände pochten auf die Lohalleitlinien, boten in der chemischen Industrie provokativ nur 5 Prozent an und appellierten an die „gesamtwirtschaftliche Verantwortung“ der Gewerkschaften. . . . In dieser Situation, nicht ursächlich, aber in zeitlichem Zusammenfall, riß in den Continental-Gummiwerken AG, Hannover, den Handwerkern der Geduldsfaden. Sie traten in allen drei Werken in den Streik, zogen in einem Sternmarsch mit zusammen 1200 Kollegen vor die Conti-Verwaltung und verlangten, daß endlich ihre berechtigten Forderungen von der langen Bank des Verträstens heruntergeholt und erfüllt würden. Dieser Streik zerstörte Mitte Mai 1971 die Illusion, die Arbeiterschaft werde stillhalten, wenn Bundesregierung und Unternehmer in konzertierter Aktion versuchen, die Wirtschafts- und Währungsmissere auf dem Rücken der abhängig Beschäftigten auszutragen und die Profitschächeln der Monopole ins Trockene zu bringen.

Als die Conti-Handwerker Mitte Mai an mehreren Tagen, teils in allen drei Werken (Vahrenwald, Limmer und Stoecken) gleichzeitig, teils zu verschiedenen Zeiten und mit unterschiedlicher Dauer, die „Brocken“ hinwarfen, hatten sie nicht gerade Schiller und seine Politik im Visier, sondern ihre eigenen Forderungen:

- Abschaffung des UMS-Akkordsystems, das in entwürdigender Weise Rechenschaft über jeden Handgriff und jede Minute verlangt.
- Bezahlung nach Zeitlohn in der höchsten erreichbaren Gruppe 6.6 bzw. im Werk Limmer Anhebung der Eingruppierung um zwei Stufen. Das würde einer Verbesserung um 24 Pfennig pro Stunde entsprechen.

Schon lange hatten die Handwerker die Beseitigung des „Mordsystems“ UMS verlangt, ohne daß sichtbare Ergebnisse erzielt wurden. Außer Zusage für eine Überprüfung kam nichts heraus. Die Forderung nach besserer Bezahlung wurde ebenso von der Geschäftsleitung überhört. Die Handwerker haben da ganz genaue Vorstellungen: Sie wünschen in der Bezahlung auf das Niveau der Handwerker in den VW-Werken angehoben zu werden. Die ständige Unterbezahlung führte seit geraumer Zeit zum Fortgang vieler Handwerker, so daß bei Conti zuwenig dieser Fachkräfte im Einsatz sind. Daraufhin holte die Firmenleitung Leihhandwerker, denen sie erheblich mehr zahlen mußte (8,35 DM), als den eigenen Arbeitern, zuzüglich eine geschätzte Stundensumme in gleicher Höhe an die Verleihfirma.

Die Conti-Handwerker erblickten darin mit Recht den Beweis, daß ihre eigenen Forderungen, die schon seit rund drei Jahren Gegenstand immer neuer Konflikte sind, erfüllt werden können, wenn die Werksleitung nur will.

Die massiven und disziplinierten Streiks brachten dann den Stein endlich ins Rollen: In den drei Werken wurden von den Handwerkern Streikleitungen gewählt — parteilose, sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter, zumeist gewerkschaftliche Vertrauensleute. Sie führten und koordinierten die Kampfmaßnahmen, vertraten die Forderungen der Kollegen und unterrichteten sie mit hektographierten „Streikinformationen“. Da sich der Betriebsrat an die Friedenspflicht nach dem Betriebsverfassungsgesetz gebunden erklärte, wurden die Streikleitungen zum unerlöblichen Motor des Kampfes.

Obleich Benno Adams, Bezirksleiter der IG Chemie-Papier-Keramik, zu deren Organisationsbereich die Kautschukindustrie gehört, in einem Gespräch mit dem Verfasser dieser Zeilen seine Zurückhaltung gegenüber der Aktion der Conti-Handwerker nicht verbarg, äußerte er jedoch sein Verständnis als Gewerkschafter für ihre Forderungen und Empörung. Aus diesem Grunde habe er sich auch für die Vermittlung zwischen Streikenden und Geschäftsleitung zur Verfügung gestellt und am Zustandekommen einer Vereinbarung mitgewirkt. Auch in einem Gespräch mit Betriebsratsmitgliedern im Hauptwerk Vahrenwald wurden beide Elemente, Reserviertheit und Verständnis gegenüber dem Streik, erkennbar.

Der Grund dafür? Er dürfte in der Äußerung Otto Barches sichtbar sein, der als Mitglied der Ortsverwaltung Hannover der IG Chemie und SPD-Bürgermeister den Demonstranten vor der Conti-Verwaltung zurief, sie würden der Regierung Schwierigkeiten machen und denen in die Hände arbeiten, die im trüben fischen. Also hochgeschraubte Erwartungen in die Politik sozialdemokratischer Minister. Nur keine Unruhe, Bonn wird es schon machen. Doch es ist im Interesse aller Beteiligten und des Erfolges notwen-

dig zu erkennen, daß nur auf die eigene Kampfkraft und Entschlossenheit sicherer Verlaß ist.

Auch die antikommunistische Masche der Conti-Geschäftsführung konnte die Front der Streikenden nicht spalten. Die Streiks so darzustellen, als seien sie von außen, durch die DKP, organisiert, verbatnen sich die Conti-Arbeiter ganz energisch. In einer Stellungnahme der Streikleitungen Limmer, Stoecken und Vahrenwald heißt es kurz und bündig: „Die Behauptung des Vorstandes, daß die Handwerker aller drei Werke durch Flugblattaktionen radikaler Gruppen von außen ihre Arbeit niedergelegt haben, ist un wahr. Wir vertreten unsere Interessen selber.“ Richtig ist, daß die DKP-Betriebsgruppe bei Conti u. a. mit mehreren Sonderausgaben ihrer Betriebszeitung „Roter Reifen“ die kämpfenden Handwerker beraten und in jeder Weise tatkräftig unterstützt hat.

Die Erfolgsbilanz des Conti-Streiks ist folgende:

Betriebsrat und Geschäftsführung setzten sich unter dem Zwang der Ereignisse an den Verhandlungstisch und kamen am 18. Mai überein, das UMS-Entlohnungssystem zunächst bis zum 10. Juni auszusetzen und den Durchschnittsverdienst zu zahlen. Bis zu diesem Zeitpunkt sollte ein neues Leistungsbewertungssystem gefunden werden, das den Forderungen der Handwerker entspricht. Benno Adams und Betriebsratsmitglied Horst Ziulkowski erklärten jedoch, daß dieser Termin nicht zu halten sei, so schnell gehe es nicht. Auf jeden Fall sei aber das UMS-System vom Tisch, und der Durchschnittsverdienst sei bis zu einer Neuregelung für die Handwerker gesichert.

Bis zum 1. Juni sollte ferner eine Vereinbarung über die Anhebung der Löhne getroffen sein. Als wir im Werk Vahrenwald mit Betriebsratsmitgliedern sprachen, waren das Angebot der Geschäftsführung (11 Pfennig) und die Antwort der Handwerker (Ablehnung!) gerade bekannt geworden. Horst Ziulkowski: „Die Handwerker sind empört und wer vor ihnen von Geduld und dergleichen redet, nimmt sich am besten einen Sarg mit.“ Die Forderung lautet jetzt auf einen Stundenlohn von 8,05 DM, das seien 30 bis 35 Pfennig mehr als zur Zeit. Je länger die Geschäftsführung warte, desto teurer komme ihr das Zögern zu stehen. Der Betriebsrat werde weiter verhandeln.

Es verstärkt sich bei Handwerkern und Betriebsrat der Eindruck, als wolle die Conti-Geschäftsführung erst einmal Zeit gewinnen. Die IG Chemie hat für die Kautschukarbeiter die Tarifverträge zum 30. Juni gekündigt. Offenbar hofft der Conti-Vorstand, mit der zu erwartenden allgemeinen Lohn- und Gehaltsanhebung die spezielle Forderung der Handwerker unter den Teppich kehren zu können;

doch deren Stimmungsbarometer steht auf Sturm.

Der Bezirk Niedersachsen der IG Chemie-Papier-Keramik hat für die Beschäftigten in der Kautschukindustrie — und das gilt für die Conti-Werke — eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 11,5 Prozent gefordert. Damit hat die Gewerkschaft den provokatorischen Orientierungsdaten von Bundesregierung und Unternehmerverbänden einen Platz im Papierkorb zugewiesen, wo sie auch hingehören. Dazu Bezirksleiter Adams: „Die Forderung nach 11,5 Prozent kam aus den Betrieben, und wir richten uns danach!“

In einer Erklärung der Gewerkschaft zur Tarifkündigung wird die 11,5-Prozent-Forderung mit dem hohen Kaufkraftschwund, den gesetzlichen Lohnabzügen, den steigenden Arbeitsleistungen der Kautschukarbeiter und der Notwendigkeit begründet, den Lebensstandard zu steigern. Die Tarifbewegung soll in engstem Kontakt mit den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten in den Betrieben ge-

führt werden. „Wie im vergangenen Jahr“, heißt es in der Erklärung, „bestehen wir auch bei der diesjährigen Tarifrunde darauf, daß die ausgehandelten Ergebnisse mit einer ausreichenden Erklärungsfrist versehen werden. In dieser Zeit sollen nämlich erneut die gewerkschaftlichen Vertrauensleute in den Betrieben mit dem Verhandlungsergebnis konfrontiert werden.“

In dieser Situation der allgemeinen Tarifbewegung sind die Arbeiter und Angestellten bei Conti gewiß gut beraten, wenn sie, entsprechend dem Beispiel ihrer Handwerkerkollegen, und gemeinsam mit ihnen die Bereitschaft deutlich machen, für die volle Verwirklichung der Forderungen alle gewerkschaftlichen Kampfmittel einzusetzen. Das gemeinsame Handeln der Handwerker und der übrigen Beschäftigten bei Conti steht jetzt im Maßnahmekatalog ganz oben. Solidarität in der Aktion ist das sicherste Mittel dafür, daß die berechtigten Forderungen und Interessen aller beteiligten Gruppen durchgesetzt werden.

Gerd Siebert

renten heißen die Zahlen: 21,5 Prozent weniger als 180 DM; 33 Prozent 180—300 DM, 37,4 Prozent 300—510 DM und 8,1 Prozent 510 DM und mehr.

Nach wie vor ist der Unterschied zwischen der Frauenrente und der Männerrente sehr groß. So hatten von den Beziehern einer Erwerbsunfähigkeitsrente oder eines Altersruhegeldes im Monat am 1. Januar 1971 eine Rente von weniger als 400 DM in der Arbeiterversicherung bei den Frauen 96 Prozent und bei den Männern 35,5 Prozent. In der Angestelltenversicherung lauten die Zahlen 60,6 Prozent bei den Frauen und 15 Prozent bei den Männern.

Auch bei gleicher Versicherungsdauer erreichen die Versichertenrenten für Frauen im Durchschnitt bei weitem nicht die Höhe der Renten für Männer. So betrug am 1. Januar 1969 die durchschnittliche Höhe der nach dem (seit 1957 gültigen) neuen Rentenrecht berechneten Altersruhegelder bei Vollendung des 65. Lebensjahres und bei 40 bis 45 Versicherungsjahren in der Arbeiterrentenversicherung für die Frauen 298,30 DM und für die Männer 528,40 DM. Und in der Angestelltenversicherung: 559,70 DM bzw. 815,50 DM.

Nach dem 14. Renten Anpassungs-gesetz sollen die Sozialrenten zum 1. Januar nächsten Jahres nur um 6,3 Prozent erhöht werden. Im Durchschnitt würden danach die Versichertenrenten in der Arbeiterrentenversicherung um 20,50 DM und die Witwenrenten um 16,70 DM und in der Angestelltenversicherung die Versichertenrenten um 35,10 DM und die Witwenrenten um 24,70 DM erhöht. Der Renten Anpassungsbericht 1971 enthält erstmals eine Übersicht über die Renten neuzugänge von 1963 bis 1969, gegliedert nach der Art der Renten. Sehr aufschlußreich ist dabei das Verhältnis der vorzeitig bewilligten Renten zu den ab dem 65. Lebensjahr gezahlten Altersruhegeldern. So wurden 1969 von der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten 581 534 Renten neu bewilligt. Davon waren 352 606 Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten sowie vorzeitige Altersruhegelder und 228 928 Altersruhegelder ab 65. Lebensjahr. Rund 60 Prozent der Versichertenrenten mußten also vor Erreichen des 65. Lebensjahres bewilligt werden.

Die nüchternen Zahlen des Renten Anpassungsberichtes 1971 bestätigen in vielfältiger Weise die Notwendigkeit, die Berechnung der Sozialrenten zu verbessern und vor allem den Frauen einen Ausgleich für ihre Unterbezahlung und für die Jahre der Kindererziehung zu verschaffen, die Renten zum 1. Januar nächsten Jahres in Anbetracht der rasch steigenden Lebenshaltungskosten und der Entwicklung der übrigen Einkommen um mehr als 6 Prozent zu verbessern, besonders die kleinen Renten käftiger zu erhöhen und endlich die Altersgrenze herabzusetzen.

A. Böpple

Renten Anpassungsbericht '71

Mit wirtschaftlicher Entwicklung nicht Schritt gehalten
Von „hohen“ Renten kann nicht die Rede sein

Die seit 1959 praktizierte Dynamisierung der Sozialrenten hat nichts daran ändern können, daß die Mehrheit der Renten unzureichend ist und mit der wirtschaftlichen Entwicklung nicht Schritt gehalten hat. Das bestätigen die Übersichten und Zahlen des von der Bundesregierung vorgelegten Renten Anpassungsberichtes 1971. Danach wurden im Januar dieses Jahres rund 10 Millionen Renten gezahlt. Davon der weitaus größte Teil, und zwar 68,9 Prozent, aus der Rentenversicherung der Arbeiter, 23,5 Prozent aus der Angestelltenversicherung und der Rest mit 7,6 Prozent aus der knappschaftlichen Rentenversicherung.

Die durchschnittliche Höhe der Renten ist im Anpassungsbericht wie folgt ausgewiesen:

Rentenversicherung der Arbeiter

Versichertenrenten insgesamt	328,30 DM
Berufsunfähigkeitsrenten	184,90 DM
Erwerbsunfähigkeitsrenten	265,10 DM
Altersruhegelder (65 Jahre)	371,50 DM
Witwenrenten	264,50 DM

Rentenversicherung der Angestellten

Versichertenrenten insgesamt	556,80 DM
Berufsunfähigkeitsrenten	232,90 DM
Erwerbsunfähigkeitsrenten	385,00 DM
Altersruhegelder (65 Jahre)	633,90 DM
Witwenrenten	391,90 DM

Knappschaftliche Rentenversicherung

Versichertenrenten insgesamt	714,20 DM
Berufsunfähigkeitsrenten	569,10 DM
Erwerbsunfähigkeitsrenten	640,50 DM
Knappschaftsruhegelder (65 Jahre)	783,40 DM
Witwenrenten	416,80 DM

Mit der zum 1. Januar 1971 durchgeführten 13. Renten Anpassung sind die Sozialrenten seit 1957 um rund 141 Prozent erhöht worden. Aber schon das im Jahre 1970 in der Bundesrepublik erzielte Bruttosozialprodukt war mit 679 Milliarden DM um 217,9 Prozent größer als das des Jahres 1957. Der Anteil der Rentenempfänger am Sozialprodukt, der auch schon 1957 zu niedrig war, ist demnach noch geringer geworden.

Die Höhe der Renten ist äußerst differenziert. Es gibt einen sehr hohen Anteil kleiner Renten, während die Zahl relativ hoher Renten geringer ist als gemeinhin angenommen wird. Das verdeutlicht nachstehende, aus dem Anpassungsbericht zusammengefaßte Übersicht der Rentenhöhe in der Arbeiterrenten- und Angestelltenversicherung. So betragen 29,5 Prozent aller gezahlten Renten weniger als 200 DM; 30,3 Prozent 200—400 DM, 17,7 Prozent 400—600 DM, 19,3 Prozent 600—1000 DM und nur 3,2 Prozent 1000 DM und mehr. Bei den Witwen-

Volksaussprache in der DDR

Allgemeine öffentliche Debatte vor dem SED-Parteitag Bericht unseres Korrespondenten in der DDR

Das öffentliche Leben in der DDR steht in diesen Tagen und Wochen ganz im Zeichen der Vorbereitung des VIII. Parteitages der SED. Das große Interesse, das diesem Ereignis entgegengebracht wird, erklärt sich auf natürliche Weise einfach daraus, daß die Politik der SED „zur Lebensgrundlage der sozialistischen Gesellschaft in der DDR geworden ist“ (Erich Honecker). Dieses Interesse fand vielfältigen Ausdruck in der umfassenden demokratischen Aussprache, die dem Parteitag vorausgegangen ist.

Diese Aussprache wurde von der Führung der SED angeregt und organisiert, und ihr interessantestes Merkmal besteht darin, daß in diesem Rahmen tatsächlich Vertreter aller Klassen und Schichten, an erster Stelle die der Arbeiterklasse, ihre Auffassungen zu Grundfragen der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung wie auch zu vielen speziellen Fragen von betrieblicher oder örtlicher Bedeutung diskutierten.

Selbstverständlich spielten in dieser Diskussion, die hier als „Volksaussprache“ bezeichnet wird, die Mas-

seigentum? Was geschieht oder müßte geschehen, um es effektiver einzusetzen und es dadurch noch stärker zu vermehren? Wie steigern wir die Arbeitsproduktivität, wie senken wir die Kosten? Nur aus der positiven Beantwortung dieser Fragen und dadurch, daß sich der einzelne und sein Kollektiv die damit zusammenhängenden Erfordernisse auch in ihrem Verhalten zu eigen machen, kann die wirtschaftliche Entwicklung in höherer Qualität mit weiter steigenden Ergebnissen zum Nutzen aller fortgesetzt werden.

Es war ein bemerkenswerter Zug der Diskussion, daß zugleich die stimulierende Rolle der Arbeits- und Lebensbedingungen hervorgehoben wurde. Die Gewerkschaften haben sich, als Kampfgefährten der Sozialistischen Einheitspartei und in voller Übereinstimmung mit ihr, in der Aussprache mit rückständigen Auffassungen mancher Wirtschaftsleiter auseinandergesetzt, die die Arbeits- und Lebensbedingungen lediglich als passives Zubehör des betrieblichen Reproduktionsprozesses sehen. In vielen Betrieben brachte die Aussprache, auch im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Betriebskollektivverträge, zusätzliche Aktivität um die Ausgestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

Diese Linie wurde auf den Bezirksdelegiertenkonferenzen der SED, die dem Parteitag im Mai vorausgingen, noch einmal stark unterstrichen. Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker, selbst ermunterte im Gespräch mit einem Vorsitzenden einer Abteilungs-Gewerkschaftsleitung des Fritz-Heckert-Werkes in Karl-Marx-Stadt die Gewerkschaftsfunktionäre, im Bemühen um die Sorge für den Menschen „nicht lockerzulassen“.

Ein weiteres Gebiet, das durch die Diskussion erfaßt wurde und hier nur andeutungsweise erwähnt werden soll, betraf die Fragen der sozialistischen Moral und Lebensweise. In erster Linie ging es dabei um die Einstellung des einzelnen zu den gesellschaftlichen Pflichten, wobei kritisch negative Erscheinungen in Teilbereichen aufs Korn genommen wurden. So setzte man sich z. B. mit Leuten

auseinander, die den Humanismus der sozialistischen Ordnung so verstehen, daß sie nicht mehr pünktlich ihre Miete für die Wohnung entrichten. Kritisiert wurden spießbürgerliche Tendenzen, die kinderlose Ehen als bequem und erstrebenswert betrachten. Aufmerksamkeit verwandte man auf die Aufgaben, die die vorbeugende Bekämpfung der Kriminalität erfordert.

Im Grunde blieb von der Diskussion kein Gebiet des Lebens ausgeklammert. Sie hat heute schon dazu geführt, die gesellschaftliche Aktivität vieler DDR-Bürger zu verstärken oder für sie bessere Bedingungen zu schaffen. Das ist für einen sozialistischen Staat, der seine Stärke in der Bewußtheit der Massen sieht, die alles wissen, über alles sachkundig urteilen können, von großer Bedeutung; das ist sozialistische Demokratie in Aktion. Claus Friedrich

Jährlich 5000 Buchtitel

1970 kaufte im Durchschnitt jeder DDR-Bürger für 27 Mark Bücher. Jährlich werden heute über 5000 Titel in mehr als 120 Millionen Exemplaren veröffentlicht. Nahezu sieben Bücher je Einwohner wurden 1970 produziert. An der Buchproduktion sind 78 Verlage beteiligt, darunter 40 für wissenschaftliche und Fachliteratur, 22 für Belletristik, Kinder- und Jugendliteratur und zehn Kunst- und Musikverlage.

65 Universitäten

Die DDR verfügt heute über 65 Universitäten, 53 von ihnen wurden erst nach 1945 gegründet. Allein seit dem VII. Parteitag der SED (1967) wurden zehn Ingenieurhochschulen geschaffen. Sie entstanden aus fortgeschrittenen Ingenieurschulen in Berlin, Dresden, Cottbus, Köthen, Leipzig, Mittweida, Warnemünde, Wismar, Zittau und Zwickau. Sie bilden Hochschulkader vorrangig für die Technologie, für die unmittelbare Vorbereitung der Produktion aus.

Jubiläum in Bernau

Die Hochschule der Deutschen Gewerkschaften „Fritz Heckert“ in Bernau bei Berlin, die höchste Bildungseinrichtung des FDGB, blickte im Mai auf ihr 25jähriges Bestehen zurück. Anlässlich des Jubiläums fand eine Festwoche unter Teilnahme von Vertretern befreundeter Gewerkschaftsorganisationen zahlreicher Länder statt. Bisher haben etwa 8500 Gewerkschaftsfunktionäre des FDGB die Hochschule absolviert.

Unser Nachbar DDR

senmedien der DDR eine wesentliche Rolle. Eine der überregionalen Tageszeitungen der DDR, die TRIBUNE (FDGB-Organ), begann beispielsweise im Februar unter der Rubrik „Die Aussprache“ täglich eine Zeitungsseite den Briefen der Leser einzuräumen. Bis Mitte Mai hat allein diese Zeitung etwas über 1800 Zuschriften zu den in Vorbereitung des Parteitages zur Debatte gestellten Fragen erhalten. Dabei handelt es sich häufig um mehrseitige Briefe, in denen durchdachte, aus der eigenen Erfahrung geschöpfte Meinungen und Vorschläge geäußert werden.

Womit beschäftigten sich die Bürger der DDR in der Volksaussprache, die selbstverständlich auch und gerade von den Gewerkschaftsorganisationen mitgetragen wird? Ein Fragenkomplex umfaßt solche Probleme wie: „Nutzen wir unser sozialistisches Eigentum schon richtig?“ Ausgehend von der einfachen Erkenntnis, daß der Sozialismus so gut ist, wie ihn die Menschen zu gestalten vermögen, ging es dabei um die materiellen und geistigen Voraussetzungen für die Weiterentwicklung des Lebensniveaus.

Wie verhält sich der einzelne, wie sein Kollektiv zum sozialistischen

Arbeiterkonferenz in Rostock

Internationales Sekretariat des Ständigen Komitees tagte in Dänemark — 65 Gewerkschaften beteiligt

Zu seiner turnusmäßigen Sitzung, der letzten vor Eröffnung der 14. Arbeiterkonferenz, trat im Mai das internationale Sekretariat des Ständigen Komitees der Arbeiterkonferenzen der Ostseeländer, Norwegens und Islands unter der Leitung seines Vorsitzenden, Rudi Speckin, in Kalundborg/Dänemark zusammen. In seiner Begrüßungsansprache stellte der Vorsitzende des dänischen Länderkomitees, Kaj Buch, fest, daß mit dieser Beratung in Kalundborg zum erstenmal in der Geschichte der Arbeiterkonferenzen eine Sekretariatssitzung in einem Land abgehalten wurde, das Mitglied der NATO ist. Kaj Buch wertete das als Zeichen eines sich verändernden politischen Klimas.

Mit großem Interesse wurde von den Mitgliedern des internationalen Sekretariats das Referat des Vorsitzenden des dänischen „Arbeitsmann- und Spezialarbeiter-Verbandes“, der zahlenmäßig stärksten Gewerkschaft in Dänemark, und Mitglieds der sozialdemokratischen Fraktion im Folketing, Anker Jörgensen, aufgenommen. Der Gewerkschafter und Parlamentarier ging von der Tatsache aus, daß Dänemark von 1949 bis 1969 an die NATO gebunden gewesen sei, jetzt aber die Möglichkeit habe, mit einjähriger Kün-

Dem Referat schloß sich eine lebhaft Diskussions über Friedens- und Sicherheitsaufgaben der Gewerkschaften im Ostseeraum an. Zustimmung fanden die Aussagen Anker Jörgensens zur Frage der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR. Wolfgang Beyreuther, Mitglied des Präsidiums und Sekretär des Bundesvorstandes des FDGB, bemerkte in seinem Diskussionsbeitrag, daß die Arbeiterklasse der DDR in den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern und Gewerkschaftern Dänemarks ihre natürlichen Klassengenossen sehe. Das Eintreten der DDR für Frieden und Sicherheit in Europa komme aus tiefer und ehrlicher Überzeugung.

Die Anerkennung der DDR durch die nordischen Länder wäre ein großer Beitrag zur Sicherung des Friedens. Es sei eine Verleumdung, wenn die Bundesregierung andere Staaten von der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR mit dem Argument abhalte, dadurch würde die Entspannungspolitik der Bundesrepublik gestört. Er bezeichnete es als eine gefährliche Illusion, zu glauben, man könne die DDR aus der sozialistischen Völkergemeinschaft herauslösen. Mit dem imperialistischen System in der Bundesrepublik verbinde die Menschen in der DDR nichts. Die DDR gehe ihren sozialistischen Weg unbeirrt weiter.

Im weiteren Verlauf der Beratung diskutierten die Mitglieder des Sekretariats über die abschließenden Vorbereitungen zur Durchführung der 14. Arbeiterkonferenz in Rostock. Das internationale Sekretariat bestätigte die Tagesordnung der 14. Arbeiterkonferenz, die unter dem Thema „Gemeinsam für Frieden, europäische Sicherheit und sozialen Fortschritt — gegen den Imperialismus“ steht. Als Hauptreferent wurde der Vorsitzende des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in der DDR, Herbert Warnke, gewonnen.

Weiterhin wurde beschlossen, daß zwei Diskussionsforen abgehalten werden mit den Themen: „Die Herstellung der Aktionseinheit der Gewerkschaften im Kampf gegen das internationale Monopolkapital — für Frieden und soziale Sicherheit“ — das

einleitende Referat hierzu hält ein Mitglied des Ständigen Komitees aus der Bundesrepublik — und „Die Notwendigkeit der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR im Kampf um Frieden und Sicherheit in Europa“, das von einem Vertreter aus Dänemark eingeleitet wird.

Bis jetzt steht fest, daß an der 14. Arbeiterkonferenz in Rostock 65 Gewerkschaftsorganisationen teilnehmen werden, darunter 33 Organisationen, die zum erstenmal Vertreter nach Rostock entsenden. sr

Renault-Streik

Der Streik der 80 000 Arbeiter des staatlichen Automobilkonzerns Renault im Mai war der Auftakt einer Reihe gewerkschaftlicher Kampfaktionen in Frankreich, die zeigten, daß sich das soziale Klima weiter verschärft hat. Die Solidaritätsaktionen für die streikenden Renault-Arbeiter und weitere Streikkämpfe verdeutlichen, daß die Arbeiterschaft sich energisch gegen alle Versuche zur Wehr setzen will, die Lasten einer falschen Wirtschaftspolitik und der Währungskrise auf ihre Schultern abzuwälzen.

Es begann mit dem Streik von 80 Spezialarbeitern im Renaultwerk Le Mans. Sie forderten die Einreihung in eine Lohngruppe, wie sie für andere Renaultbetriebe unter gleichen Bedingungen üblich ist, und eine Garantie ihrer Arbeitsplätze. Obwohl die finanziellen Auswirkungen nur den Wert von 4 Pfennig pro Stunde hatten, lehnte die staatliche Leitung des Betriebes die Forderung ab.

Die Folge war, daß 80 000 Arbeiter im gesamten Konzern die Arbeit niederlegten bzw. von der Konzernleitung ausgeschlossen wurden und darüber hinaus rund 2 Millionen Metallarbeiter in Frankreich durch Solidaritätsaktionen den Kampf der 80 unterstützten. Im Zuge dieser mächtigen Solidaritätswelle erweiterten die Metallarbeiter die Kampfforderung auf die Herabsetzung des Rentenalters und die allmähliche Rückkehr zur 40-Stunden-Woche.

Bei den gegenwärtigen Arbeitskämpfen steht die Sicherung des Arbeitsplatzes im Vordergrund. So besetzten mehrere tausend Arbeiter der Hüttenwerke von Wendel-Sidelor ihren Betrieb aus Protest gegen die Rationalisierungsvorhaben des Konzerns, die zur Folge haben würden, daß ab 6. Juni 1971 400 Arbeiter und bis zum Jahresende weitere 1000 Arbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren würden. In den Ardennen fanden in den ersten Maiwochen Massendemonstrationen und befristete Streiks statt, um angekündigte Betriebsabschlüssen rückgängig zu machen. H. S.

Blick in die Welt

digung aus dem Pakt auszutreten. Er sei der Meinung, daß, wenn Griechenland nicht aus der NATO entfernt werde, Dänemark den Pakt verlassen sollte.

Bisher hätten sich die dänischen Gewerkschaften mehr mit ökonomischen Fragen beschäftigt als mit Sicherheitsproblemen. Das aber würde zweifellos jetzt anders werden. Anker Jörgensen forderte die baldige Anerkennung der DDR durch Dänemark. Die Regierung solle nicht warten, bis sich Westdeutschland zur Anerkennung bereit finde, denn die Herstellung normaler Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten sei nicht eine „innerdeutsche“ Angelegenheit, sondern ein Problem der gesamten Arbeiterbewegung.

Was die Beteiligung Dänemarks an der EWG betreffe, so gebe es bei den dänischen Gewerkschaften einen sehr starken Widerstand gegen den Beitritt Dänemarks. Die dänische Arbeiterschaft befürchtet, daß in der EWG die großen kapitalistischen Staaten, Westdeutschland und Frankreich, die Politik der EWG bestimmen; sie wollten aber, daß die Länder in Europa über ihr politisches und wirtschaftliches Schicksal selbst bestimmen könnten.

Wandel der Arbeiterstruktur

Zu Veröffentlichungen des RKW-Forschungsprojektes: „Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der BRD“

Nachdem vor allem die IG Metall in den 60er Jahren der Erforschung und Diskussion der Auswirkungen der Automation auf die Arbeiterklasse Aufmerksamkeit gewidmet und 1963, 1965 und 1968 vielbeachtete internationale Automationskonferenzen durchgeführt hatte, sind diese Probleme in der jüngeren Zeit etwas in den Hintergrund getreten. Nach wie vor — heute sogar in verstärktem Maße — bilden die „stillen“ Veränderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution jedoch ein wesentliches Moment der Lage der Arbeiterklasse in der BRD. Es bleibt dies ein zentrales Problem der Arbeiterbewegung in den 70er Jahren. In den letzten Monaten sind die ersten Bände einer umfassenden Studie des RKW, deren Fragestellung z. T. auch durch die Gewerkschaften beeinflusst worden ist und an der sich sechs wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Forschungsinstitute beteiligt haben, erschienen. Schon die ersten Bände vermitteln wichtige Einblicke in die Veränderungen der Situation und der Struktur der westdeutschen Industriearbeiterschaft unter den Bedingungen technischer Umstrukturierungen. Dieser Artikel geht auf einige Ergebnisse dieser Untersuchungen ein.

Die Studie, die durch das RKW (Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft) finanziert und geleitet worden ist, wurde in den Jahren 1963 bis 1968 durchgeführt. Sie bezieht sich auf soziale und ökonomische Aspekte des technischen Wandels in der BRD. 1970 sind zwei Bände der auf neun Bände geplanten Serie erschienen. Auf diese wird hier Bezug genommen. Es handelt sich um:

(I.) Sieben Berichte. Kurzfassung der Ergebnisse. Erster Band des RKW-Forschungsprojektes „Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland“, Frankfurt/Main 1970, Europäische Verlagsanstalt, 387 Seiten, Smolin Broschur, 25.— DM.

(II.) Horst Kern, Michael Schumann: Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein. Eine empirische Untersuchung über den Einfluß der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewußtsein. Achter Band des RKW-Forschungsprojektes „Wirtschaftliche und soziale Aspekte ...“, Teil I, Frankfurt/Main 1970, Europäische Verlagsanstalt, 286 S., Smolin Broschur, 42.— DM (mit Teil II)

(III.) Horst Kern, Michael Schumann: Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein (s. o.), Teil II, 245 S. (mit Teil I, 42.— DM)

(Nachfolgend wird bei entsprechenden Verweisen nur auf die römische Ziffer vor dem Titel Bezug genommen.)

Es geht in diesem Artikel nicht in erster Linie um eine Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen und ideologischen Schlußfolgerungen, wie sie von den Autoren der Studien vorgetragen werden, sondern um eine kritische Information über in den Studien erfaßte wichtige Momente und Züge der sozialen Wirklichkeit der BRD.

In I. referieren die teilnehmenden Institute (Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung; Forschungsinstitut für Rationalisierung an der TH Aachen; Institut für Wirtschaftsforschung, München; Institut für Arbeitswissenschaft an der TH Darmstadt; RKW, Frankfurt/M.; Soziologisches Seminar der Uni Göttingen — dieser Institution gehören die Autoren von II. und III. an. In I. legen sie außerdem auf den S. 276—352 ihre Forschungsergebnisse in Kurzfassung dar) in Kurzform ihre Untersuchungsergebnisse. In einem knappen Schlußkapitel werden übereinstimmende Ergebnisse dargelegt. Bei den doch stark divergierenden theoretischen und politischen Positionen der einzelnen Institute hat das selbstverständlich nur den Charakter eines Kurzkommunikés. Aber die Ergebnisse sind es gerade deshalb wert, angeführt zu werden.

Was sind danach die Motive technischer Umstellungen?

Es sind „in aller Regel wirtschaftliche Gründe ausschlaggebend“. „Neben der Senkung der Kosten, insbesondere der Personalkosten, bildeten die Enge des Arbeitsmarktes und die Anpassung an Nachfrageveränderungen weitere wirtschaftliche Umstellungsmotive.“ Mehr als die Hälfte aller Investitionen in der Industrie diene seit 1960 der Rationalisierung. „Arbeitsvereinfachungen bildeten keine unmittelbare Umstellungsursache.“ Es sind „in einigen Fällen durch technische Umstellungen auch Arbeiterschwernisse zustande gekommen“. (I., S. 378)

Im Klartext: Antrieb technischer Umstellungen ist in der BRD die kapitalistische Jagd nach dem Profit — mit allen Auswirkungen. Die Bedürfnisse des arbeitenden Menschen treten demgegenüber völlig in den Hintergrund. Die Unterjochung von Wissen-

schaft und Technik unter die Profitinteressen des Großkapitals ist die wesentlichste Ursache für negative Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Arbeits- und Lebenssituation der Arbeiterklasse. Genau dem entspricht die „Ambivalenz“, d. h. Zwiespältigkeit, der Einstellung der Arbeiter zur Technik und zum technischen Fortschritt, die von den Soziologen Kern und Schumann durchgängig festgestellt wird.

Die mit dem technischen Fortschritt gegebenen Möglichkeiten zur Erleichterung der Arbeit werden nicht realisiert bzw. treten nur dann auf, wenn sie mit technisch-ökonomischen Erwägungen synchron verlaufen. Denn: „Handlungsmaximen wie die Verbesserung der Arbeitsituation der Beschäftigten (treten) bei der Konstruktion neuer Produktionseinrichtungen gegenüber ökonomisch-technischen Erwägungen deutlich in den Hintergrund.“ (I., S. 296) Dieser Zustand gilt gleichermaßen für die Durchführung technischer Umstellungen, wobei in der Regel Personal- und Umsetzungspläne nicht vorhanden sind. Mangelnde Rechte der Belegschaftsvertretungen sind eine wichtige Ursache für die Ausuferung dieses Zustandes.

Wie werden die Rechte und Möglichkeiten der Betriebsräte beurteilt?

Die Institute stellen fest: Er hat „nur sehr geringe Möglichkeiten, auf Planung und Durchführung der technischen Umstellung Einfluß zu nehmen“. (I., S. 379) Der Einfluß ist „äußerst gering“ (I., S. 301). Die Betriebsräte sind bei technischen Umstellungen mehr „Reagierende als Agierende“. In der Praxis führen die Betriebsräte Abwehr- und Verteidigungskämpfe zur Erhaltung des „sozialen Besitzstandes“, der kontinuierlich das Objekt der Angriffe der Unternehmer ist. Auch unter diesen Gesichtspunkten erhält die Forderung nach Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten und ihrer Vertretungen und Organisationen zusätzliche Begründungen.

Welche Veränderungen vollziehen sich im Zuge technischer Änderungen hinsichtlich der Beschäftigtenstruktur?

Die Institute: „Im Rahmen der Automatisierung zeichnet sich im allgemeinen zwar eine gewisse Verlagerung zugunsten der qualifizierten Tätigkeiten ab; allerdings sind auch entgegengesetzte Tendenzen zu beobachten, so daß man diese Verlagerung nicht überbewerten darf.“ (I., S. 377) Diese Feststellungen stützen sich in erster Linie auf Ergebnisse von Arbeitsplatzstrukturuntersuchungen.

Die häufig dagegensetzte Behauptung der Höherqualifizierung stützt sich auf die Lohngruppenerhebungen des Statistischen Bundesamtes. In diesen sind diese Prozesse nur ungenau erfaßt, da es z. B. den Belegschaften häufig gelingt, Herabgruppierungen abzuwehren, sie gleichzeitig jedoch schlechtere Arbeitsplätze nicht verhindern

können. ~~Unter~~ sind Konzerne bei angespannter Arbeitsmarktlage dazu übergegangen, Arbeitskräfte zu „horten“ und z. T. auf Abgruppierungen in diesen Situationen zu verzichten. All das sind Faktoren, weshalb Lohnstrukturuntersuchungen nur äußerst ungenau über Qualifikationsentwicklungen Aufschluß geben können.

Die Studie wendet sich gegen die Dequalifizierungsthese, daß mit der Automation das Qualifikationsniveau allgemein gesenkt wird —, sie widerlegt aber auch die einseitige Requalifikationsthese — daß mit der Automation das Qualifikationsniveau generell steigt. Es wird eindeutig nachgewiesen, daß sogar oder gerade mit der Automation an den Automationsaggregaten Arbeitsplätze mit niedrigen Qualifikationsanforderungen, sogar mit eintöniger, repetitiver Arbeit geschaffen werden.

Mit dieser Problematik beschäftigen sich insbesondere auch Kern und Schumann (II. und III.). Sie verfechten die These der weiteren Differenzierung der Industriearbeit bzw. — was bei ihnen damit weitgehend identisch wird — der Industriearbeiterschaft hinsichtlich ihrer Arbeitssituation. Dafür liefern sie vielfältige Anhaltspunkte. Sie verfechten sogar die These der „Polarisierung“ der Industriearbeiterschaft mit fortschreitender technischer Entwicklung — also der Aufspaltung in Qualifizierte mit vorwiegend nicht-manuellen Tätigkeiten und in Unqualifizierte.

Nun weist schon der Ausdruck „Polarisierung“ darauf hin, daß die Tatsachen in einer Richtung interpretiert werden, die nicht akzeptiert werden kann, weil die „soziale Polarisierung“, wie sie sich etwa mit der Büroautomation vollzieht (Herausbildung einer relativ kleinen Gruppe mit Leitungs- und Dispositionsbefugnis usw. auf der einen Seite und der Masse der Angestellten, die zum Teil- und Detailarbeiter wird, auf der anderen Seite) mit der Auffächerung der Qualifikationsanforderungen gleichgesetzt wird. Unter der Hand wird daraus dann die Auflösung der Arbeiterklasse.

Diese einseitige Überbetonung des Arbeitsprozesses und der vorwiegend von daher bestimmten Arbeitssituation und Arbeitserfahrung ist überhaupt im Zusammenhang mit der zu engen und mechanistischen Auffassung der Beziehung Arbeitssituation (als Form gesellschaftlicher Praxis) und Arbeiterbewußtsein die theoretische Schwäche der Position von Kern und Schumann.

Welche Untersuchungen wurden von ihnen durchgeführt?

Die Göttinger Soziologen haben in neun Betrieben verschiedener, für die gesamte Industrie typischer Branchen 20 Fälle technischer Änderungen bzw. Umstellungen aufgenommen, beschrieben, analysiert. Neben anderem wur-

den auch Interviews mit etwa 1000 Arbeitern durchgeführt und ausgewertet. Es sollte also die Veränderung der Arbeitssituation und in diesem Zusammenhang der Einstellungen der Arbeiter im Gefolge dieser technischen Änderungen ermittelt werden.

Nun ist es allerdings schon längst nicht mehr der Fall, daß ausschließlich Arbeiter Funktionen in der Produktion wahrnehmen. Das ist an automatisierten Aggregaten noch weniger der Fall — wie auch die Zahlen der Angestelltenbeschäftigung in diesen Betrieben zeigen. Das wird in dieser Untersuchung nicht berücksichtigt. Es werden also nur jene Glieder des „Gesamtarbeiters“ untersucht, die Arbeiter sind. Das ist ein wesentlicher Mangel.

Nach Ansicht von Kern/Schumann kann jedoch „für die Befragungsergebnisse mindestens angenommen werden, daß sie den Kern der Industriearbeiterschaft repräsentieren“. (II., S. 52) Entsprechend der historischen Entwicklungsstufen der Technologie und der Industriearbeit wurden Anforderungstypen herausgearbeitet, die sich von der handwerklichen Arbeit bis zur Meßwarttätigkeit an voll-automatisierten Anlagen erstrecken. Die einzelnen Typen wurden exakt beschrieben, weiter aufgegliedert usw. So ergibt sich mit diesem begrifflichen Instrumentarium die Möglichkeit, einen Querschnitt durch die Industriearbeiterschaft der BRD unter dem Gesichtspunkt ihrer jeweiligen Arbeitssituation zu liefern.

Was sind unter diesen Gesichtspunkten die wesentlichen Gruppen der Industriearbeiterschaft und wie groß ist ihr jeweiliger Anteil?

(Die Prozentanteile an der in etwa für die Industriearbeiterschaft repräsentativen Befragtengruppe sind in Klammern angegeben. Vgl. III., S. 128)

Repetitive Teilarbeit (das ist z. B. Bandarbeit, Maschinenbedienung usw. — 29 Prozent)

Steuer- und Führungsarbeiten in der mechanisierten Produktion (d. i. Arbeit eines Spritzendrehers, Schleifers, Hoblers usw. — 15 Prozent)

Automatenkontrolle (5 Prozent)

Qualifizierte Automatenkontrolle (10 Prozent)

Meßwartentätigkeit (8,3 Prozent)

Traditionelle Instandhaltungsarbeit (11,4 Prozent)

Meß- und regeltechnische Instandhaltungsarbeit (2,4 Prozent)

Andere, nicht zu klassifizierende Gruppen (17,9 Prozent)

Welche Schlußfolgerungen ergeben sich für einzelne Gruppen?

Der Anteil der qualifizierten Automationsarbeiter und Meßwartenleute beträgt hier 18,3 Prozent, wird an der gesamten Industriearbeiterschaft jedoch auf weit unter 13 Prozent geschätzt (I., S. 320) Die eigentlich „guten“, für den heutigen Entwicklungsstand menschenwürdigen Arbeitsplätze sind also noch sehr dünn gesät.

Die einfachen Handarbeiter sind nach wie vor die größte Gruppe. Zwar werden ihre Tätigkeiten mit allen neuen und höheren Mechanisierungsstufen abgebaut, gleichzeitig werden sie aber auch — vor allem aus Profit-erwägungen — neu geschaffen. Hierzu gehört auch im eigentlichen Sinne die Gruppe der Automatenkontrollere, eine neue „restriktive und unqualifizierte Variante der Industriearbeit“. (I., S. 320)

Die zweitstärkste Gruppe sind die Steuer- und Führungsleute in der mechanisierten Produktion. Sie ist eine traditionelle Gruppe qualifizierter Industriearbeiter. „Ihr Erhalt wird freilich durch die fortschreitende Automatisierung am stärksten gefährdet sein, denn sie ist auf den höheren Mechanisierungsstufen... nur noch selten anzutreffen.“ (I., S. 322)

Nicht nur zahlenmäßig von wesentlicher Bedeutung sind die Instandhaltungsarbeiter („hohe Autonomie, umfangreiche Qualifikation, verhältnismäßig geringe Arbeitsbelastung, wechselseitige kooperative Beziehungen... gute Chancen für informelle Kontakte“ — II., S. 174). Mit fortschreitender Automation ist ihre Zahl gewachsen. Damit hat sich das Qualifikationsniveau der gesamten Industriearbeiterschaft erhöht. Kern/Schumann stellen jedoch fest, daß dieser „Sektor zu einem bevorzugten Objekt betrieblicher Rationalisierungsmaßnahmen“ wird, sich damit eine „verstärkte Arbeitsteilung innerhalb des Instandhaltungspersonals“ abzeichnet (I., S. 330) und damit auch das zahlenmäßige Wachstum gebremst wird.

Aus all dem ergibt sich, daß gerade die beiden letztgenannten Gruppen, ohnehin traditionelle Kerngruppen der Industriearbeiterschaft, mit fortschreitenden technischen Änderungen das spezielle Angriffsobjekt des Kapitals werden. Daß diese Gruppen aber auch das entscheidende Widerstandspotential der gesamten Arbeiterklasse darstellen, zeigen die Streikämpfe in allen entwickelten kapitalistischen Ländern. Ohnehin sind sie die Hauptrekrutierungsbasis der betrieblichen Gewerkschaftskader.

Die vorliegenden — und sicher auch die noch erscheinenden Bände des RKW-Forschungsprojektes sollten die volle Aufmerksamkeit jener Journalisten, Wissenschaftler und Gewerkschaftsfunktionäre finden, die sich mit Lage und Entwicklungstendenzen der Industriearbeiterschaft in der BRD beschäftigen.

Heinz Jung

- **19. und 20. September**
Protestaktion der Betriebsjugendvertreter gegen den BetrVG-Entwurf der Bundesregierung in Bonn (auf Beschluß des Bundesjugendausschusses des DGB).
- **26. September bis 2. Oktober**
10. Gewerkschaftstag der IG Metall in Wiesbaden.
- **30. September und 1. Oktober**
Außerordentlicher Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie in Oberhausen.
- **3. bis 9. Oktober**
10. Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Wiesbaden.
- **4. bis 8. Oktober**
11. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil-Bekleidung in Dortmund.
- **10. bis 13. Oktober**
9. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft in Bad Harzburg.
- **24. bis 30. Oktober**
9. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Nürnberg.
- **11. und 12. November**
8. Deutscher Beamtentag des DGB in Bonn.
- **18. und 19. November**
8. Bundesjugendkonferenz des DGB in Dortmund.
- **25. bis 28. November**
Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei in Düsseldorf.

INFORMATIONEN — unübertroffen

Für meine Kolumne in „Konkret“ und für mein Buchmanuskript mit dem Titel „Die konzertierte Ausplünderung“ benötige ich fortwährend statistisches Material über die Lage der Arbeiterklasse in Westdeutschland. Durch Zufall kam mir vor einigen Wochen ein Exemplar der INFORMATIONEN Nr. 2/1970 in die Hände. Eine bessere und übersichtlichere Zusammenstellung habe ich nie gesehen.
E. A. Rauter, Feldafing

Zu guter Letzt

„Ich bin jetzt vierzig Jahre Fabrikant, aber ich habe es noch nicht fertig gebracht, Prognosen für vier Monate zu machen.“ So Fritz Berg, der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie.

Wer Fritz Berg kennt, wird es ihm glauben.

Ost-West-Handel ausbauen!

Im Zuge des Wachstums des bundesdeutschen Außenhandels weitet sich gleichzeitig auch der Osthandel mit allen sozialistischen Ländern, ohne Jugoslawien, beachtlich aus. Mit 5,5 Prozent oder 13 Milliarden DM ist sein Anteil jedoch noch unbedeutend. Diese Summe drückt aber auch die großen Möglichkeiten des Ausbaus des Ost-West-Handels aus, vor allem, wenn man den Anteil von 1,8 Prozent des Außenhandels der BRD mit der DDR beachtet.

Immerhin hat sich der Handel zwischen beiden deutschen Staaten im Jahre 1970 gegenüber 1969 um 22 Prozent auf 4,4 Milliarden DM erhöht. Dieses Volumen ist, da es schwerpunktmäßig auf bestimmte Branchen und Betriebe entfällt, sehr beachtlich, vor allem, wenn man berücksichtigt, daß dieser Handel 1953 nur 0,575 Milliarden DM ausmachte. Vorstellungen amtlicher Stellen der Bundesrepublik zufolge sollen westdeutsche Käufe in der DDR 1971 um 20 Prozent ansteigen und die Lieferungen in die DDR den Stand des Vorjahres in etwa halten. Man rechnet mit einem Umsatz von etwa 5 Milliarden DM. Die DDR kündigte an, daß die z. Z. bestehende negative Außenhandelsbilanz 1971 durch erheblich verstärkte Exporte abgebaut werden soll.

Die in den 50er Jahren frühzeitig einsetzenden Bemühungen einzelner Industriezweige mit bestimmten Betrieben, sich ihrem traditionellen osteuropäischen Markt zuzuwenden, fanden seinerzeit keine entsprechende Unterstützung der politischen Führung in der BRD; im Gegenteil, nicht selten kam es zu Diskriminierungen der Handelspartner (Röhren-Embargo, Kontingentierungen und Vorbehaltsklauseln). Der Abbau diskriminierender Maßnahmen vollzog sich in dem Umfang, wie andere kapitalistische Länder (England, Frankreich usw.) ihren Osthandel ausbauten und die Gefahr bestand, daß die Bundesrepublik von diesen Märkten verdrängt würde.

Nach der anfangs praktizierten Methode, z. B. in die DDR hauptsächlich zu exportieren ohne nennenswert DDR-Produkte zu importieren, hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß zur Ausweitung des Handelsvolumens mit der DDR und den Ländern des RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) beim Fehlen einer konvertierbaren Währung der gesteigerte Import aus diesen Ländern allein die Grundlage jeder Exportsteigerung sein kann.

Man ist im Westen und damit auch in der Bundesrepublik zwingend gehalten, für die durch Kompensation anfallenden Warenimporte einen echten Markt zu schaffen, wobei zunehmend in den Vordergrund die Fragen nach dem Service, nach Qualität und Lieferzeit treten. Diese Bedingungen lassen sich aber durch grundsätzliche langfristige Abkommen, Aussprachen und ständige Kontakte erreichen.

In der Bundesrepublik erleben wir z. Z. eine stagnierende Konjunktur, die in eine Krise abzurutschen droht. In

dieser Situation wächst automatisch der Trend zu stärkerem Export in die krisenfreien sozialistischen Länder, die diese gesetzmäßigen Krankheiten des Kapitalismus nicht kennen. Zunehmender Exportbedarf verlangt aber auch zusätzlichen Import. Und dagegen wehren sich jene Branchen in der BRD, die auf Grund der Wirtschaftslage sowieso rückläufigen Absatz haben.

Den RGW-Ländern, also auch der DDR, bläst der Wind nicht ins Gesicht. Japan, England, Frankreich und viele andere kapitalistische Länder sind bereit, für den Ost-West-Handel mit Konditionen aufzuwarten, die die BRD von regierungsamtlicher Seite noch nicht gewillt ist zu leisten. Ein normaler Handel, frei von Diskriminierungen, ist ein förderndes und nützliches Instrument in den Beziehungen zwischen den Völkern. Das gilt besonders auch für die Beziehungen von Ländern mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen. Die Verträge von Moskau und Warschau, deren Ratifizierung durch Bonn noch aussteht, sind unter diesem Aspekt auch für die kapitalistischen Handelskreise von Interesse und Bedeutung, da sie mit-helfen können, die für die spürbare Ausdehnung des Ost-West-Handels notwendige Atmosphäre der Entspannung zu schaffen.
H. Br.

NACHRICHTEN ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Die NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember — nur für Abonnenten).

Herausgeber: Josef Ledwöhn, Essen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Redaktionskollegium:
Dr. Werner Petaschick, 6 Frankfurt/M. 60, Friedberger Landstraße 307;

Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlenweg 3/9;
Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31;

Verlags- und Redaktionsanschrift: 6 Frankfurt/M. 60, Friedberger Landstraße 307; Telefon 59 97 91; Konto-Nr. 10-58029-0 Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/Main; Postcheckkonto: Frankfurt 305040.

Einzelpr. 1,00 DM; Jahresabonnement 14,— DM, einschließlich Zustellgebühr; Halbjahresabonnement 7,— DM.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Druck: Plambeck & Co., Neumünster



NACHRICHTEN-Verlags-Gesellschaft mbH.
Frankfurt am Main